

Für Rätemacht und Revolution!

KLASSENKAMPF

Nummer 36 | MAI 2019 | 2,-

Zeitung der Gruppe Klassenkampf, öst. Sektion des Kollektivs permanente Revolution

MANIFEST FÜR DIE EUROPÄISCHE SOZIALISTISCHE REVOLUTION



Außerdem: Die 1.Mai-Erklärung des
Kollektivs Permanente Revolution (CoReP)

Editorial:
Regierung spielt
Antifaschismus

Kurz schaut empört, Strache weiß von nichts, und Kickl plustert sich auf. Das Stück heißt „Antifaschismus in türkisblau“.

Mehr auf Seite 2

**Benko - der
Milliardär an Bastis**
Seite

Wenn Basti eine Reise tut, darf sein Gönner René Benko nicht fehlen. Geld ist ein guter Kitt für eine feste Freundschaft.

Mehr auf Seite 6

**Mogelpackung
Ökosteuern**

Mobilität muss man sich erst einmal leisten können. Wer als Lohnabhängiger eh keine Wahl hat, muss blechen.

Mehr auf Seite 7

GRUPPE
Für Rätemacht
und Revolution
KLASSENKAMPF

ISSN: 2220-0657



Wenn die Regierung Antifaschismus spielt

Mit mäßigem Erfolg versuchten die heimischen Gazetten, den rassistischen Massenmord von Christchurch am 15. März dieses Jahres als Tat eines Psychopathen und Einzelgängers hinzustellen. So wie sein großes Vorbild Anders Breivik verfasste auch Brenton Tarrant ein Manifest, in dem er die Beweggründe für sein Verbrechen mehr oder minder ausführlich darlegte. So verabscheuungswürdig und ekelregend die darin zum Ausdruck kommende faschistische Ideologie ist - sie ist nicht geisteskrank, sie ist nicht individueller Wahnsinn, sie ist Ausdruck einer politischen Entwicklung in Teilen der Kleinbourgeoisie, die hofft, durch die brutale Vernichtung der Arbeiter_innenklasse und besonders ihrer migrantischen Schichten - der Proletarisierung zu entgehen und gleichzeitig durch einen überholten Nationalismus dem Druck der großen imperialistischen Bourgeoisie zu entgehen.

Genau wie Breivik beruft sich Tarrant auf zentrale ideologische Versatzstücke der sogenannten Neuen Rechten. Neue Rechte, das ist die beschönigende Bezeichnung für die modernisierten faschistischen Bewegungen, die sich im äußeren Habitus und durch eine vorsichtige Sprache von den klassischen alten faschistischen und nazistischen Bewegungen abgrenzen.

Kern- und Angelpunkt des Pamphlets des Mörders von Christchurch ist die These vom großen Austausch. Diese aus Frankreich importierte Theorie der extremen Rechten (erstmalig formuliert von Renaud Camus) ist das zentrale Agitationsthema der Identitären Bewegung Österreichs (IBÖ). Sogenannte „globalistische und multikulturelle kulturmarxistische“ Politiker versuchen, die weiße europäische Rasse durch gezielte Massennimmigration aus der arabischen Welt und aus Afrika zu zerstören.

Bei der Verbreitung dieser apokalyptischen Vision sind sich, Nationalismus hin oder her, „neue Rechte“ und alte Faschisten aller Kontinente einig. „Alt-Right“ Bloggerinnen und Blogger in den USA (also in der Regel Vertreter_innen eines evangelikal lackierten weißen Rassismus und rabiaten Antikommunismus) verbreiten die Geschichte vom „Großen Austausch“ ebenso wie englische Faschisten.

Das Angstmacher-Szenario wird vor allem vom Führer der österreichischen Identitären, Martin Sellner, in Videos, via Twitter und Veröffentlichungen in einschlägigen neurechten Publikationen verbreitet. Damit hat er auch bei den Alt-Rightists Erfolg - seine Verlobte, Bri-

tanny Pettibone, ist eine der bekanntesten rassistischen Bloggerinnen in den USA, die kanadische Faschistin Lauren Southern durfte mit den Idis bei deren menschenfeindlicher Aktion im Mittelmeer mit an Bord kommen. Mit großem Bedacht wählt der IBÖ-Führer seine Worte so, dass er immer gerade noch am Wiederbetätigungsparagraphen vorbeischrammt.

Gefährlich sind nicht die Anhänger der angsterfüllten Plaudertasche im Hipster-Look, gefährlich ist, dass immer reaktionärer werdende traditionelle bürgerliche Parteien mangels eigener theoretischer Fähigkeiten die modern und zeitgeistig aufbereiteten Parolen aus dem faschistischen Lager übernehmen.

Gefährlich sind nicht die Anhänger der angsterfüllten Plaudertasche im Hipster-Look, gefährlich ist, dass immer reaktionärer werdende traditionelle bürgerliche Parteien mangels eigener theoretischer Fähigkeiten die modern und zeitgeistig aufbereiteten Parolen aus dem faschistischen Lager übernehmen.

Faschistische Positionen bei beiden Regierungsparteien salonfähig

Kein Wunder, dass in Österreich FPÖ-Nationalratsabgeordnete auf Kundgebungen der IBÖ sprechen, Funktionäre

der unteren Ebene gemeinsam mit den Sellner-Brüdern demonstrieren und auch Herr Strache kein Problem hat, mit den Führern der Identitären an einem Wirtschaftstisch zu sitzen. Und hier gleich eine Anmerkung, die uns umso leichter fällt, weil wir bekanntermaßen keine Verteidiger der Funktion des Bundespräsidenten sind: wenn sich Martin Sellner als Jux auf einem Selfie mit Alexander van der Bellen ablichtet ist das tatsächlich etwas, was man dem damaligen Präsidentschaftskandidaten nicht vorwerfen kann. So prominent ist Herr Sellner auch wieder nicht, dass ihn jeder kennen muss. Es ist aber ein Unterschied, ob ein Spitzenpolitiker nach einer Veranstaltung seiner Partei in entspannter Atmosphäre mit Rechtsextremen an einem Tisch sitzt. Was unter anderem dadurch bewiesen ist, dass der Versuch H.C. Straches, den „Politikberater“ Fussi vor Gericht zu zerren, weil dieser angeblich die ent-

sprechenden Fotos gefälscht habe, krachend gescheitert ist, weil die Fotos natürlich echt waren.

Und auch Bundeskanzler Sebastian Kurz kann sich zurecht in einem Presseinterview damit brüsten, dass das, was er heute sagt (sofern er überhaupt den Mund aufbekommt), vor drei Jahren in Europa noch als rechtsextrem gegolten hat. Wer als einzigen politischen Erfolg bis zum Erbrechen die Vertreibung von Flüchtenden verkauft, ist nur noch ein paar Millimeter vom großen Austausch und der von den Identitären geforderten Remigration entfernt.

Ohne Zweifel hat es in Österreich die Strahlkraft der neofaschistischen Bewegung befördert, dass vom Neonazismus kommende Kader wie Martin Sellner mit der Übernahme einer pseudochristli-

chen Kulturkampfrhetorik auch im Reservoir des potentiellen Klerikalfaschismus fischen können.

Aber nun zurück zur IBÖ und dem Massenmörder von Christchurch. In seinem erwähnten Manifest nimmt Tarrant immer wieder auf Österreich bezug. Tatsächlich hat sich international um das Jahr 1683 und die zweite Türkenbelagerung im rassistischen und islamophoben Lager ein Heldenmythos rund um Wien als Bastion gegen den Islam entwickelt. Auch dieser Mythos wird von der IBÖ fleißig gepflegt. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, ob der Name der Stadt, in der Tarrant zwei Moscheen angegriffen hat - Christchurch - nicht ebenfalls Teil seiner Kreuzzugsinszenierung war. Die adretten Burschen und Mädchen der Weltuntergangsgeneration pflegen regelmäßig mit trunkenen Hooligans und dumpfen Skins im Schein von Fackeln auf den Kahlen- oder Leopoldsberg zu latschen um dort heldenhaft dreinzuschauen. Und auch hier sind sie in angeblich seriöser Gesellschaft. So hat sich die FPÖ vor einigen Jahren nicht entblödet, H. C. Strache in einem Wahlkampf-Comic als Verteidiger Wiens gegen die Türkenbelagerung zu stilisieren.

Laut Brandon Tarrant könnte eine faschistische Konterrevolution in Europa von Polen, Italien oder Österreich ausgehen. Er spielt auf militante Netzwerke von rechtsextremen Militärangehörigen und Polizisten an. Auch hier wenig Neues unter der Sonne. Deutsche Verfassungsschützer, die ja auch nicht gerade als antifaschistische Vorkämpfer bekannt sind, weisen schon seit geraumer Zeit auf derartige Strukturen hin. Solange die Bourgeoisie die Möglichkeit hat, mit den normalen rechtsstaatlichen Mitteln ihre demokratisch verbrämte Klassendiktatur aufrechtzuerhalten, muss sie in Maßen gegen vorpreschende paramilitärische Verbände vorgehen, um einerseits ihr Gewaltmonopol zu verteidigen und andererseits militante Gegenaktionen von Teilen der Arbeiterbewegung zu verhindern.

Die faschistische Eiterbeule platzt

Und dann war plötzlich Feuer am Dach der IBÖ. Während das Innenminis-

terium nach wie vor nichts genaues über den Christchurch Attentäter wissen wollte, veröffentlichten Zeitungen wie Standard und Falter Berichte, denen zufolge sich der Mörder im vergangenen Jahr auch in Österreich aufgehalten hatte. Und während das BVT endlich diese journalistischen Erkenntnisse bestätigte, stellte sich heraus, dass Tarrant im vergangenen Jahr eine Spende von 1.500 Euro an Sellner überwiesen hatte. Just als die Polizei an die Pforte des Identitären pochte hatte dieser gerade zufällig entdeckt, von wem die doch nicht unbe-

trächtliche Summe überwiesen worden war.

Die Reaktion Sellners war die übliche: ein großes Jammern hob an, und immer krudere Verschwörungstheorien wurden geboren. Klar, irgendwie musste man erklären, wieso man die gleiche ideologische Basis wie Tarrant hat, aber angeblich doch nichts mit ihm zu tun hat. Also hörte das staunende Publikum, das Tarrant aus reiner Boshaftigkeit dem Führer der österreichischen Identitären einen größeren Geldbetrag überwiesen hatte, um ihn zu diskreditieren und in der rechten Szene Verwirrung zu stiften. Das aber war dem Youtuber noch immer zu wenig. Mit bebender Stimme malte er das Bild von Millionen aufgetzten Islamisten an die Wand, die ab sofort, vermutlich mit Dolchen zwischen den Zähnen, auf ihn und seine Familie lauerten. Der böse Attentäter wollte also auch den harmlosen und gesetzestreuen Martin Sellner indirekt dem bösen Feind zum Fraße vorwerfen.

Hatte bereits das Manifest Tarrants in der FPÖ die Alarmglocken schrillen lassen, war nach der beweisbaren Spende des Massenmörders an die IBÖ endgültig Panik angesagt. Dass der „Große Austausch“ die ideologische Rechtfertigung für die Ermordung von 50 Menschen war, zeigte die gefährlichen Implikationen einer Theorie, die schon lange in der FPÖ und ihren Teilorganisa-

tionen Fuß gefasst hatte. Damit war es um die rechte Nibelungentreue endgültig geschehen. In Windeseile setzte sich die FPÖ - Führung von den identitären ab, die sie doch als Ideenlieferanten und Zureiber jugendlicher Radikalierter gerne gesehen hatte.

Ein bisschen war es wie bei dem EAV-Song: „Sellner wer, Sellner wie, diesen Namen hört ich nie“.

Bloß mit Ausnahme der Kronenzeitung und der Mateschitz Medien gab es kein ernsthaftes Presseorgan, dass die Distanzierung der Freiheitlichen von den

Bekanntlich sind Verbote von politischen Organisationen in bürgerlichen Staaten, auch wenn sie sich scheinbar gegen Faschisten richten, in Wirklichkeit nur ein Probegalopp für die Untersagung von Organisationen und Vereinigungen der Arbeiterbewegung.

identitären ernst nahm. Zum ersten Mal geriet dadurch die gesamte Koalition ins Schlingern.

In bewährter Manier ergriffen Kurz und Strache die Flucht nach vorn. Sie fantasierten auf einer gemeinsamen Pressekonferenz über ein Verbot der identitären Bewegung. Dass eine derartige Maßnahme einen gravierenden Bruch verfassungsmäßiger Freiheiten bedeutet, war beiden Koalitionspartner sicher bewusst, und wie immer störte sie das einen Dreck. Die Überlegung war berechnend zynisch: Bewies nicht eine Verbotsdrohung klar den „Antifaschismus“ dieser Regierung?

Bekanntlich sind Verbote von politischen Organisationen in bürgerlichen Staaten, auch wenn sie sich scheinbar gegen Faschisten richten, in Wirklichkeit nur ein Probegalopp für die Untersagung von Organisationen und Vereinigungen der Arbeiterbewegung.

1936 warnte Leo Trotzki angesichts ähnlicher „antifaschistischer“ Pläne der niederländischen Regierung die Arbeiter vor jeder Illusion in die bürgerliche Demokratie. Im Dezember 1935 hatte die französische Abgeordnetenkammer ein Gesetz verabschiedet, dass alle paramilitärischen Organisationen verbot. Es konnte sowohl gegen die Selbstverteidigungsorganisationen der Arbeiter als auch gegen die Faschisten und ihre Milizen verwendet werden, aber die stalinis-

tischen und sozialistischen Abgeordneten stimmten trotzdem dafür. Diese Idee wurde in Holland von der rechtsgerichteten Koalition unter Premierminister Hendrik Colijn aufgegriffen, die ebenfalls alle „bewaffneten Organisationen“ auflösen wollte. Die Führung der Revolutionären Sozialistischen Arbeiterpartei RSAP, die mit einem Abgeordneten im Parlament vertreten war und dem Trotzismus nahe stand, wandte sich mit der Bitte um seine Meinung an Leo Trotzki. Den entsprechenden Text veröffentlichen wir gesondert im Anhang. Die RSAP stimmte ebenso wie drei stalinistische Abgeordnete in der Ersten Kammer des niederländischen Parlaments gegen das Gesetz.

Die vollständige Entlarvung der wirklichen politischen Physiognomie der FPÖ brachte dann die Nationalratssitzung vom 27. März. Innenminister Kickl, der selbst 2016 als Redner auf dem Kongress der „Verteidiger Europas“ vor den Identitären und anderen Ganz- und Halbfaschisten aufgetreten war, versuchte sich wie immer abzuputzen, indem er auf die

konkreten Fragen der Abgeordneten der Opposition nicht einging.

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Zanger, der bei einem anderen Tagesordnungspunkt der Sitzung Betriebsräte und Gewerkschafter als „Beidln“ beschimpfte, ist übrigens einer der Spitzenpolitiker der Regierungspartei, die nicht nur gemeinsam mit Identitären demonstrieren, sondern auch auf Veranstaltungen von ihnen spricht.

Die gesamte Verbotsdebatte ist seitens der Regierung völlig heuchlerisch. Es geht hier um keine juristische Frage, es geht um eine politische Verantwortung. Und die liegt selbstverständlich bei all jenen, die mit dem Gerede vom „Großen Austausch“ Angst und Schrecken verbreiten.

Für die FPÖ sind die Identitären ein simples Bauernopfer, um ungehindert gemeinsam mit der Kurz-ÖVP den Umbau der Zweiten Republik in Richtung autoritäres Regime weiter vorantreiben zu können.

Denn die privilegierten Beziehungen zwischen Identitären und Freiheitlichen dürfen nicht vergessen machen, dass die neue ÖVP unter Sebastian Kurz ebenfalls viele Theoreme der Neofaschisten übernommen hat.

Eines ist jedenfalls klar: Wenn es keinen entschiedenen Widerstand seitens der organisierten Arbeiterbewegung - also auch der SPÖ und der Gewerkschaften - gegen den derzeitigen Kurs von „neuer ÖVP“ und FPÖ gibt, wird der Winkel der schiefen Ebene Richtung Autoritarismus immer steiler werden. Der Hauptfeind sind heute nicht neofaschistische Splittergruppen (die natürlich auch bei jedem Auftritt bekämpft werden müssen, um die von ihnen ausgehende Gefahr im Keim zu ersticken!), sondern die „kultivierten“ bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, die im Dienst des Kapitals immer offener die Errungenschaften der Lohnabhängigen attackieren und letzten Endes beseitigen wollen.

Ein Text von Leo Trotzki aus dem Jahr 1936

Bürgerliche Demokratie und der Kampf gegen Faschismus

Die Frage des Verhaltens gegenüber den Regierungsmaßnahmen, die angeblich gegen den Faschismus gerichtet sein sollen, ist höchst wichtig.

Weil die bürgerliche Demokratie geschichtlich bankrott ist, ist sie nicht mehr imstande, sich auf dem eigenen Boden gegen die Feinde von rechts und links zu verteidigen. D.h.: Um sich zu »erhalten« muß sich das demokratische Regime durch Ausnahmegesetze und administrative Willkür immer mehr und mehr aufheben. Diese Selbstaufhebung der Demokratie im Kampf gegen rechts und links bringt eben den Verfallsbonapartismus zustande, der für seine unsichere Existenz ebenso der linken wie der rechten Gefahr bedarf, um sie gegeneinander auszuspielen und um sich immer höher über der Gesellschaft mit ihrem Parlamentarismus

zu erheben. Die Regierung Colijns erschien mir schon seit längerer Zeit als potentieller Bonapartismus.

Der Hauptfeind für den Bonapartismus in dieser höchst kritischen Epoche bleibt natürlich der revolutionäre Flügel des Proletariats. Man kann daher mit absoluter Sicherheit sagen, daß bei der weiteren Verschärfung des Klassenkampfes alle Ausnahmegesetze, alle außerordentlichen Vollmachten usw. gegen das Proletariat ausgespielt werden.

Nachdem die französischen Stalinisten und Sozialisten für die administrative Auflösung paramilitärischer Organisationen gestimmt hatten, schreibt der alte Schuft Marcel Cachin in der Humanité ungefähr folgendermaßen: »Ein großer Sieg ... natürlich wissen wir, daß in der kapitalistischen

Gesellschaft alle Gesetze gegen das Proletariat ausgenützt werden können. Wir werden aber trachten, das zu verhindern ... usw.« Die Lüge besteht hier im Worte »können«. Es müßte gesagt werden: »Wir wissen, daß alle diese Maßnahmen bei der weiteren Verschärfung der sozialen Krise mit zehnfacher Kraft gegen das Proletariat angewendet werden.« Daraus ist die elementare Schlußfolgerung zu ziehen: Wir können den Verfallsbonapartismus nicht mit eigenen Händen aufbauen helfen und ihn mit Ketten versehen, die er unvermeidlich der proletarischen Avantgarde anlegen wird.

Damit soll nicht gesagt werden, daß sich Colijn nicht für morgen und übermorgen den rechten Ellbogen von der übermäßigen faschistischen Arroganz freimachen möchte. Die soziale Revolu-

tion scheint in Holland nicht unmittelbar drohend zu sein. Das Großkapital hofft, mit den Mitteln des starken, konzentrierten, d.h. des halbbonapartistischen oder bonapartistischen Staates mit den drohenden Gefahren fertig zu werden. Um aber den wirklichen Feind, daß revolutionäre Proletariat, nicht in den Himmel wachsen zu lassen, kann und wird Colijn den Faschismus niemals kaltstellen oder gar ausrotten; er wird ihn höchstens in Schach halten. Daher ist die Losung, Auflösung und Entwaffnung der faschistischen Banden durch den Staat (die deutschen Sozialdemokraten schrien: »Staat greif zu!«) und das Abstimmen für ähnliche Maßnahmen durch und durch reaktionär. Das hieße, aus der Haut des Proletariates eine Peitsche machen, mit der vielleicht der bonapartistische Schiedsrichter ganz milde und hie und da einmal den faschistischen Hintern streicheln wird. Unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit aber ist es, nicht dem Faschismus die Peitsche zu liefern, sondern die Haut der Arbeiterklasse zu schützen.

Eine andere Seite derselben Lage scheint noch wichtiger zu sein. Die bürgerliche Demokratie ist ihrem Wesen nach fiktiv. Je blühender sie ist, desto weniger läßt sie sich durch das Proletariat ausnützen (siehe die Geschichte Englands und der Vereinigten Staaten). Die Dialektik der Geschichte will es, daß die bürgerliche Demokratie für das Proletariat gerade in der Zeit ihrer Zersetzung zu einer wichtigen Realität werden kann. Der Faschismus ist der äußere Ausdruck dieser Zersetzung. Der Kampf gegen den Faschismus, die Verteidigung der erworbenen Positionen der Arbeiterklasse im Rahmen der sich zersetzenden Demokratie kann zu einer mächtigen Realität werden, indem der Arbeiterklasse die Möglichkeit gegeben wird, sich zum schärfsten Kampfe vorzubereiten und zu bewaffnen. Die letzten zwei Jahre in Frankreich nach dem 6. Februar 1934 gaben den Arbeiterorganisationen die ausgezeichnete, die vielleicht nicht so bald wiederkehrende Möglichkeit das Proletariat und

das Kleinbürgertum revolutionär zu sammeln, eine Arbeitermiliz zu schaffen usw. Diese kostbare Möglichkeit wird eben durch die Zersetzung der Demokratie gegeben; durch ihre offenkundige Unfähigkeit, die »Ordnung« mit den alten Mitteln zu bewahren und durch die ebenso offenkundige Gefahr, die die Arbeitermassen bedroht. Wer diese Situation nicht ausnützt, wer an den »Staat«, d.h. an den Klassenfeind appelliert mit der Bitte »Greif zu!« der verkauft eben die Haut des Proletariats an die bonapartistische Reaktion.

Daher müssen wir gegen alle Maßnahmen abstimmen, die den kapitalistisch-bonapartistischen Staat verstärken, auch wenn es um eine Maßnahme geht, die momentan dem Faschismus eine vorübergehende Unannehmlichkeit bereiten kann. Selbstverständlich werden die Sozialdemokraten und Stalinisten sagen, wir verteidigen den Faschismus gegen den Vater Colijn, der doch besser sei als der böse Mussert. Nun können wir jetzt schon mit Sicherheit erklären, daß wir weitsichtiger als die andern sind und daß die weiteren Ereignisse unsere Warnungen und unsere Aufforderungen vollständig bekräftigen werden.

Wir können aber auch gewisse Zusatz- und Abänderungsvorschläge formulieren, deren Ablehnung es jedem Arbeiter klar machen werden, daß es sich nicht um den faschistischen Hintern, sondern um die proletarische Haut handelt. Beispielsweise: 1. Die Streikposten der Arbeiter werden durch dieses Gesetz keinesfalls berührt, auch wenn sie gegen Streikbrecher, Faschisten und andere Lumpen auftreten müssen. 2. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiterklasse bewahren das Recht, angesichts der faschistischen Gefahr ihre Schutzorganisationen auszubauen und zu bewaffnen. Auf ihre Anforderung ist der Staat verpflichtet, ihnen mit Finanzmitteln, mit Waffen und Munition zu helfen.»

Im Parlament würden diese Anträge ziemlich sonderbar klingen und von den Herren Staatsmännern (auch von

den stalinistischen Wichtigtuern) für »shocking« angesehen werden. Aber jeder Durchschnittsarbeiter nicht nur im NAS, sondern auch in den reformistischen Gewerkschaften wird sie ganz gerechtfertigt finden. Ich führe diese Zusatzanträge natürlich nur als Beispiele an. Man könnte vielleicht bessere und genauere Formulierungen finden. Sollen dann die Herren Sozialdemokraten und Stalinisten ihre Unterstützung verweigern oder sogar dagegen stimmen? Wenn sie aber auch dafür stimmen, werden die Anträge ohnedies abgelehnt werden, und dann ist es absolut klar, warum wir gegen die Regierungsvorlage im Ganzen stimmen, und dies müssen wir tun ohne das geringste Bedenken, aus den Gründen, die oben angeführt sind (auch gesetzt den Fall, daß der colijnisierte Parlamentarismus das Einbringen der Zusatzanträge nicht zulasse, denn diese Zusatzanträge beziehen sich nur auf die propagandistische Technik, nicht aber auf das Wesen der Sache selbst).

Wir müssen überhaupt sehr scharf gegen die abstrakte »antifaschistische« Denkweise vorgehen, die manchmal selbst unter unseren eigenen Genossen leider Eingang findet. »Antifaschismus« ist nichts, ein leerer Begriff, um die stalinistischen Schurkereien zu decken. Im Namen des »Antifaschismus« hat man die Klassengemeinschaft mit den Radikalen ins Leben gerufen. Manche Genossen bei uns wollten die »Volksfront«, d.h. die Klassengemeinschaft positiv unterstützen, so wie wir etwa die Einheitsfront, d.h. die Absonderung des Proletariats von den anderen Klassen zu unterstützen bereit sind. Von der durch und durch falschen Losung »Die Volksfront an die Macht« geht man im Namen des »Antifaschismus« noch weiter und erklärt sich geneigt, den Bonapartismus zu unterstützen, denn die Abstimmung für die »antifaschistische« Gesetzesvorlage Colijns würde nichts anderes als die direkte Unterstützung des Bonapartismus bedeuten.

13. Januar 1936

Sebastian Kurz und der Kapitalist Benko

Die Geschäftsgrundlage von Sebastian Kurz und seiner türkisen Partie ist vordergründig das Ausländerthema in allen Variationen, insbesondere das Ausnutzen der Ressentiments von breiten Bevölkerungsschichten gegenüber einer Islamisierung des christlichen Abendlandes. Dabei spielt es kaum eine Rolle, dass sein rechtsextremer Koalitionspartner FPÖ den Begriff des „Großen Austausches“, übernommen von den aus der Neonaziszene kommenden Identitären, salonfähig gemacht hat.

Zum Narrativ dieser Regierung gehört auch, dass sich „Leistung wieder lohnen“ müsse und dass insbesondere das Sozialsystem (Stichwort Mindestsicherung) keinen Anreiz mehr zum Arbeiten biete, sondern vielmehr ein Pull-Faktor für Schmarotzer aus aller Welt wäre, die als Flüchtlinge getarnt nach Österreich strömten, um sich hier breit zu machen und den Einheimischen auf der biederen Tasche zu liegen. So weit, so bekannt.

Diese Stories werden von den Mainstream-Medien erzählt und die Menschen sind damit beschäftigt, sich an Feindbildern abzarbeiten und die Neiddebatte im ökonomisch unteren Bereich der Gesellschaft lenkt ab und wird poli-

land-Freund Siegfried Wolf.

Ein besonders klingender Name auf der Kurz-Unterstützer-Liste ist jedoch Rene Benko, eine wichtige Figur in Kurz' politischem Machtspiel, das letztlich nur so gut funktioniert, soweit finanzielle Ressourcen erschlossen und der mediale Einfluss der Bewegung aufrecht erhalten werden kann.

Rene Benko, aus kleinen Verhältnissen in Tirol entstammend, begann seine berufliche Laufbahn in sehr jungen Jahren als Schulabbrecher beim „Finanzdienstleister“ AWD, der für das skrupellose Abzocken von Kleinanlegern bekannt-berüchtigt wurde. Diese Sozialisation sollte man immer vor Augen ha-

den Oberprofiteur soll es schlicht kein Haftungspotential mehr geben, während das Geld aus den Unternehmen in zwei österreichische Privatstiftungen der Familie Benko fließt, außerdem gibt es noch eine weitere Privatstiftung in Liechtenstein.

Benko verfügt über ein Netzwerk bestehend aus bekannten Namen der österreichischen Kapitalistenklasse, wie Alfred Gusenbauer, Hans Peter Haselsteiner oder Novomatic-Gründer Johann Graf, ebenso wie internationale Verbindungen zu dem wegen Verdachtes der Geldwäsche vorübergehend festgenommenen Investor Benny Steinmetz.

Und wie nicht anders zu erwarten führen die Wege der SIGNA-Firmengruppe über eine Gesellschaft in Luxemburg und das Firmenregister zu einem Briefkasten nach Delaware, dem US-Bundesstaat, der Milliardären aus aller Welt Steuerfreiheit gewährt. Über diese verschachtelten Konstruktionen ist auch ein US-Immobilientycoon mit verdeckten Anteilen mit an Bord des Spekulationsunternehmens, das gerade erst das New Yorker Chrysler-Building gekauft hat.

Wie das Wechselspiel zwischen dem Machtpolitiker Kurz und dem Investor Benko funktioniert, zeigte gleich zu Beginn der Kanzlerschaft Kurz die Übernahme der Kika-Leiner Kette im Dezember 2017. Damals stand der zweitgrößte österreichische Möbelhändler aufgrund von Bilanztricks des Mutterkonzerns Steinhoff vor dem finanziellen Ende und 5.500 Mitarbeiter fürchteten um Gehälter und Löhne. Sebastian Kurz ermöglichte seinem Intimus den Kauf der Kika-Leiner Kette und ließ sich am Boulevard als Retter von Arbeitsplätzen feiern. Tatsächlich gab es ein wesentlich lukrativeres Offert zum Kauf des Flagshipstores auf der Wiener Mariahilfer Straße, aber für Kurz war Benkos Gewinnmaximierung wichtiger als die nachhaltige Sicherung von Arbeitsplätzen.

Doch auch für die Medienkomponente in Sebastian Kurz' Machtspiel wird der Spekulant Rene Benko zu einem immer wichtigeren Player: Benko hat sich mit seinem Signa-Konzern bei zwei großen österreichischen Medien eingekauft, er

Die im Moment im Amt befindliche Regierung treibt die schamlose Ausbeutung der Arbeiter_innenklasse auf eine neue Spitze. Mit Nebelgranaten des Fremdenhasses und dem Anstacheln niedrigster Instinkte wird versucht zu verschleiern, dass eine Kapitalistenklasse an die Macht gekommen ist, die sich das Volksvermögen aufteilt und skrupellos immer reicher wird.

tisch von den Rechten genutzt, um ihre Agenda, nämlich die Förderung der Kapitalisteninteressen, umzusetzen.

Und tatsächlich, um ein geflügeltes Wort zu verwenden: „it's the economy, stupid!“ („es geht immer um die Wirtschaft...“)

Dass Sebastian Kurz bereits bei seinem innerparteilichen putschartigen Aufstieg von maßgeblichen Unternehmen finanziell unterstützt wurde, und dann erneut im Wahlkampf zur NR-Wahl 2017, ist mehrfach belegt:

Neben dem bekannten Großspender Stefan Pierer (KTM), scheinen große Anwaltssozietäten ebenso auf wie der Dosen-Milliardär Didi Mateschitz oder der frühere Stronach Vertraute und Russ-

ben, wenn man die Lobgesänge der Boulevardpresse auf den Immobilieninvestor liest.

Heute gilt er als drittreichster Österreicher, der mit Immobiliendeals in Österreich, Deutschland, Italien und neuerdings in den USA ein geschätztes Vermögen von 4,9 Milliarden US-Dollar angehäuft hat.

Seit einer vom OGH bestätigten rechtskräftigen strafrechtlichen Verurteilung wegen Korruption hat sich Rene Benko aus allen offiziellen Funktionen der SIGNA-Unternehmensgruppe verabschiedet, er scheint weder als Gesellschafter noch als Aufsichtsrat oder Vorstand in den unterschiedlichen Haupt und Tochterunternehmen auf. Für

hält über eine Beteiligung an der WAZ Auslands Holding GmbH an „Krone“ und „Kurier“ jeweils fast 25% Gesellschaftsanteile und sein Appetit nach der Kontrolle der gesamten Kronenzeitung ist, wie zuletzt bekannt wurde, groß.

Jeder größere Einfluss auf die Medienberichterstattung ist für Sebastian Kurz wichtig und so wird es interessant zu sehen sein, wie er sich im anstehenden Match zwischen Familie Dichand und Rene Benko positioniert. In jedem Fall wird es zu einer kapitalistenfreundlichen Lösung kommen, soviel steht jetzt schon fest.

Erste Auswirkungen am Zeitungssektor zu Gunsten der türkis-blauen Regierung gab es bereits im Oktober 2018, als der als „zu liberal“ geltende Helmut Brandstätter als Chefredakteur des „Kurier“ von Martina Salomon abgelöst wurde, die umgehend eine FPÖ freundliche

Berichterstattung startete und wohlwollende Interviews mit ÖVP-Politikern platzierte. Immerhin ist die Raiffeisen-Gruppe, Hausbank der ÖVP und auch personell über Bauernbund und Landwirtschaftskammer eng mit der ÖVP verwoben, mit über 50% Anteilen Mehrheitseigentümerin am Kurier. Jetzt kommt noch der Kurz-Vertraute Benko dazu.

Das Bundeskanzleramt bestreitet, dass Rene Benko finanzieller Unterstützer der ÖVP wäre, Sebastian Kurz bezeichnet ihn bloß als „großen Unternehmer“, nicht aber als seinen Berater. Diese Lügen werden natürlich über die finanziell unter Einfluss der österreichischen Kapitalisten-Klasse stehenden Medien verbreitet und mit glitzernden Society-Bildern von Benko, Kurz & Co geschmückt. Gleichzeitig reist Benko mit Kurz in die Vereinigten Arabischen Emi-

rate und wird vom Kanzler beim Anbahnen von Geschäften unterstützt.

Dieser Machtmechanismus aus gegenseitigem Geben und Nehmen auf dem Rücken der arbeitenden lohnabhängigen Bevölkerung ist nicht weiter hinnehmbar! Die im Moment im Amt befindliche Regierung treibt die schamlose Ausbeutung der Arbeiter_innenklasse auf eine neue Spitze. Mit Nebelgranaten des Fremdenhasses und dem Anstacheln niedrigster Instinkte wird versucht zu verschleiern, dass eine Kapitalistenklasse an die Macht gekommen ist, die sich das Volksvermögen aufteilt und skrupellos immer reicher wird.

Sie sollen alles offenlegen, alle Geschäftsbücher, alle Verflechtungen, alle (auch stillen) Beteiligungen, sie sollen uns zeigen, wer die Profiteure der Macht sind und wir wollen ihren Sturz!

Umweltsteuern: Mobilität nur für Reiche

Angetrieben durch die Fridays for Future-Bewegung der Schüler_innen gewinnt die Forderung nach Ökosteuern an Bedeutung. Der "Markt" sei angeblich durch steuerliche Maßnahmen leicht zu regeln. Das mag eine einfache, logische und durchaus stimmige Formel sein. Es stellt sich nur die Frage: Welchen Teil der Gesellschaft, oder anders ausgedrückt, welche Klasse trifft ein derartiger fiskalpolitischer Lenkungseffekt?

Je nach Höhe dieser Ökosteuern wird ein mehr oder weniger großer Teil jener Menschen, welche ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, auf die Nutzung des technischen Fortschritts verzichten, während jene, die die Produktionsmittel besitzen und von der Abschöpfung des Mehrwerts der von anderen geleisteten Arbeit mehr als gut leben können, kaum Beeinträchtigungen werden hinnehmen müssen. Gleichzeitig

wälzt die Kapitalistenklasse mit der Einführung von Ökosteuern die Verantwortung für jegliche Umweltschäden auf den "Einzelnen", also auf die Arbeiter_innenklasse ab.

Dabei wird für den erfolgreichen Verkauf der eigenen Arbeitskraft eine immer größere Mobilität, also die tägliche Bewältigung immer längerer Arbeitswege verlangt. Der tägliche Arbeitsweg ist für viele Arbeiter_innen ohne Auto und oh-

ne erheblichen Verlust an Lebensqualität nicht zu bewältigen. Etwa in Niederösterreich hat bürgerliche Politik mit der Stilllegung von Nebenbahnen maßgeblich zur Ausdünnung des öffentlichen Verkehrsangebots beigetragen.

Ökosteuern sind in Wahrheit nur ein weiteres Instrument der Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnabhängigen, Teil des Problems Kapitalismus und Umweltzerstörung und nicht Teil seiner Lösung. Was es braucht ist eine demokratisch geplante Wirtschaft von Arbeiter_innen für Arbeiter_innen. Nur so kann eine Ökologisierung von Verkehr und Produktion gewährleistet werden.

Kontakt: gruppe.klassenkampf@gmail.com

Die Gruppe Klassenkampf im Internet: www.klassenkampf.net

AK-Wahlen: Zusammenrücken um die Sozialdemokratie und eine leichte Watsche für die Christgewerkschafter

Die Arbeiterkammer-Wahlen, im ersten Viertel des Jahres 2019 abgehalten, waren die ersten bundesweiten Wahlen in Österreich seit Antritt der türkis-blauen Regierung im Dezember 2017 und können als erster Gradmesser für die politische Stimmungslage bei den Arbeitnehmer_innen in Zeiten einer kapitalisten-bestimmten Regierung betrachtet werden.

Zunächst zu den Fakten: in allen Bundesländern wurden die Präsidenten in ihrem Amt bestätigt, in sieben waren die Sozialdemokraten am stärksten, in Tirol und Vorarlberg die Christlichen Gewerkschafter.

Die Wahlbeteiligung lag bei 42% und weist damit ein Plus von etwa 4% zu den Wahlen 2014 auf.

Im Detail erhielten bundesweit die FSG über 60% der Stimmen (plus 3,32%), ÖAAB-FCG knapp über 18% (minus 2,47%), die Freiheitlichen Arbeitnehmer 10% (plus 0,39%), die Grünen Gewerkschafter über 5% (minus 0,58%).

GLB-KPÖ konnte einen Stimmenzuwachs und ein zusätzliches Mandat erzielen, insbesondere in der Steiermark lag der Stimmenanteil bei 4,5%, während in Wien 1,3% erzielt wurden, die KOMintern erreichte in Wien 1%.

Eine erste Analyse zeigt also, dass es durchaus eine Steigerung der Wahlbeteiligung bei Gewinnen der Sozialdemokratischen Gewerkschaften gegeben hat, mit in einzelnen Bundesländern wie Kärnten durchaus bemerkenswerten Ergebnissen (77,8% für FSG), dass allerdings weder eine fulminant gestiegene Wahlbeteiligung festzustellen oder ein Hinwegfegen von FP-Vertretern erfolgt ist. Am ehesten kann das Ergebnis als Denkkzettel für ÖAAB-Chef August Wöginger, den Klubobmann der Türkisen und eifrigen Erfüllungsgehilfen von Sebastian Kurz im Parlament gesehen werden. Dass nach den Angriffen der Regierung auf Arbeitszeit und Gesundheitsversorgung eine Re-

aktion der Arbeitnehmer erfolgen würde, war erwartbar und ist eingetreten, allerdings in einem die Regierungsparteien nicht verunsichernden Ausmaß. Solche Reaktionen sind wohl in deren Konzept des politischen Umbaus des Landes eingepreist.

Trotzdem kann man das Ergebnis als eine erste an Wahlurnen festzumachende Reaktion der Arbeitnehmerschaft ge-

Dass eine Schwächung der AK nach dem kleinen Einmaleins der Politik den Abbau von Arbeiter_innenrechten und neoliberale Politik insgesamt erleichtern würde, liegt auf der Hand.

gen die türkis-blaue Regierung werten. Die Forderungen zur Schwächung der AK von Seiten der Regierung ließen auch nicht lange auf sich warten.

An der Spitze dabei steht gerade der frühere Betriebsrat und aktuell oberste parlamentarische Abnicker der Türkisen, August Wöginger. Seine Forderung, aufgrund einer behaupteten und, wie oben gezeigt, unwahren Behauptung einer sinkenden Wahlbeteiligung, ist unter anderem, das Wahlsystem zu ändern und einen einzigen Wahlsonntag einzuführen statt das Wahlprocedere über mehrere Wochen bei zu behalten. Damit verbunden wäre natürlich der Wegfall der Möglichkeit der Arbeitnehmer in ihren Betrieben, nah am Arbeitsplatz und einfach, zu wählen. Statt diese Möglichkeit auszubauen will Wöginger hier eine

Hürde aufstellen und die Wahlbeteiligung damit wohl tatsächlich senken, um die AK zu delegitimieren.

Die andere Regierungshälfte, die sogenannte Arbeiterpartei FPÖ, trommelt hingegen - hier übrigens im Verbund mit den Wirtschaftsfreunden von den NEOS - den Klassiker, die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft zur AK (es war diese Forderung sogar eine Koalitionsbedingung der FPÖ). Dass eine Schwächung der AK nach dem kleinen Einmaleins der Politik den Abbau von Arbeiter_innenrechten und neoliberale Politik insgesamt erleichtern würde, liegt auf der Hand.

Dazu passend kam unmittelbar nach Ende der AK-Wahlen ausgerechnet vom Wirtschaftsbund Generalsekretär Kurt Egger die Forderung, im Zuge einer Steuerreform die Arbeiterkammer-Umlage zu senken. Dass diese Forderung gerade von einer Organisation kommt, die im Klassenkampf, der in Österreich durch die sogenannte Sozialpartnerschaft seit Jahrzehnten planmäßig verdeckt wird, auf der anderen Seite der Barrikade steht, ist wohl als Chuzpe zu bezeichnen, aber nicht weiter verwunderlich. Dass die selbsternannte Arbeiterpartei ins selbe Horn stößt ist schon eher entlarvend. Die Frechheit an dieser Forderung ist ja tatsächlich, wie AK-Funktionär Christoph Klein ausführte, dass die Wirtschaftskammer über doppelt so viel Budget wie die AK ver-

fügt bei einem Siebtel an Mitgliedern der AK und dass jeder Cent der AK-Umlage von den Mitgliedern selbst bezahlt werde, also null Zuschuss von der „Wirtschaft“ oder aus steuerlichen Mitteln existiert.

Daher Hände weg von Selbstvertretungskörperschaften der Arbeiterklasse!

Eine Verteidigung von Errungenschaften der Arbeiterschaft gegen Angriffe des Klassenfeindes bedeutet allerdings nicht, die AK nicht zu kritisieren und als das zu sehen, was sie tatsächlich von Beginn ihrer Gründung im Jahr 1920 war. Sie war damals ein Instrument der Sozialdemokraten und Christlichsozialen, um die gerade noch bestehenden Arbeiter und Soldatenräte zurückzudrängen und die Arbeiter_innen in einer Institution des bürgerlichen Staates einzuhegen.

Es muss auch kritisiert werden, dass die AK intern undemokratische Strukturen aufweist, dass es Funktionär_innen

mit Spitzenbezügen gibt, dass sie als Verschiebebahnhof für Personal der politischen Parteien benutzt wird. Daher sind neben der grundsätzlichen Verteidigung der Arbeiterkammern gegen die Kapitalistenverbände und ihrer Regierung auch Forderungen nach demokratischen Strukturen, Rechenschaftspflicht gegenüber den Mitgliedern, jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit von Funktionär_innen, Streichung aller Privilegien der Führung sowie Entlohnung dieser auf Basis eines durchschnittlichen Facharbeiter_innen-einkommens, welches von einer revolutionären Organisation zu erheben ist. Dazu ist auch die grundsätzliche Forderung aufrechtzuerhalten, dass die AK mitsamt ihrem Vermögen und Einrichtungen unter Arbeiter_innenkontrolle gestellt gehörte und in die Gewerkschaften eingebracht werden sollte. Wie der Ständestaat gezeigt hat, ist die AK durch die gesetzliche Verankerung

im bürgerlichen Staat und die Unterstellung unter das Arbeits- und Sozialministerium durch politische Machtübernahme der Kapitalisten und Faschisten jederzeit angreifbar und kann beseitigt bzw. unter Kontrolle gebracht werden.

In der aktuellen politischen Situation, in der in Österreich ein rasantes Fortschreiten des kapitalistischen Regimes hin zu (prä)faschistischen Zuständen zu beobachten ist und in der das Klassenbewusstsein der Arbeiter_innen nach Jahrzehnten der Vernachlässigung durch die SPÖ darniederliegt, müssen wir allerdings jede Institution unterstützen, die die Lohnabhängigen in Widerspruch zu den reaktionären Machthabern bringt.

Kurioses von den bestbezahlten Arbeitslosen in Wien: Innovation à la FPÖ

Ein Kuriosum des Wiener Gemeinderats sind die nicht amtsführenden Stadträt_innen. Diese oppositionellen Funktionär_innen der Wiener Kommunalpolitik haben zwar keinen entscheidenden Einfluss, werden dafür aber für ihre Tätigkeit mit immerhin knapp 9.000 Euro monatlich entlohnt. Als Gegenleistung darf mit Dynamik und vor allem Innovationsgeist gerechnet werden. Dieser Erwartungshaltung dürfte Ulrike Nittmann, eine neue nicht amtsführende Stadträtin der FPÖ, Ende März 2019 zu entsprechen versucht haben. Nachdem ihr Vorgänger, der Parteisoldat Eduard Schock, von der FPÖ in einen noch wesentlich höher dotierten Posten in der Oesterreichischen Nationalbank weggeklaut wurde, versuchte Nittmann mit einem Paukenschlag auf ihr Debüt als nicht amtsführende Stadträtin Wiens aufmerksam zu machen.

Verkehrspolitisch - wie in allen anderen Politikfeldern auch - ist die FPÖ für rückschrittliche Ideen längst bekannt. Wer sich stets gegen die Förderung des Fahrradverkehrs in Wien querlegt, ja sogar die Rücknahme der Öffnungen von Einbahnen für Radfahrer_innen verlangt, wer sich immer wieder gegen Parkpickerl ausspricht, Tempo 140 auf Autobahnen testet und damit Maßnahmen für eine bessere Luftqualität und gegen den Klimawandel torpediert, von dem darf ein verspäteter Faschings-

scherz - oder doch ein verfrühter Aprilscherz? - sowie das Legen eines faulen Ostereis durchaus erwartet werden. Wenn es dann noch gelingt, trotz rückläufiger Kriminalitätsrate einmal mehr Ängste zu schüren und statt des Miteinanders das Gegeneinander zu fördern, ist der spalterische FPÖ-Politcocktail fertig.

Geworden ist es in diesem Fall der abstruse Vorschlag, dass es in der Wiener U-Bahn in der Nacht Waggons nur für Frauen geben soll. Das ist sowohl undurchführbar, weil die Wiener U-Bahn-Züge mittlerweile mehrheitlich durchgängig sind, als auch zutiefst reaktionär. Diese Idee ignoriert die Tatsache, dass Gewalt an Frauen zum überwiegenden Teil aus dem persönlichen Umfeld der Frauen kommt. Frau Nittmann erinnert mit ihren Frauenwaggons an Zeiten, zu denen manche in der FPÖ ein ambivalentes Verhältnis haben; an Zeiten, als Menschen wegen ihrer Herkunft in Eisenbahnwaggons gepfercht, in Vernichtungslager deportiert und dort ermordet wurden. Dieser Vorschlag wird auch bei Menschen, die das südafrikanische Apartheidregime erlebt haben, schlechte Erinnerungen wach rufen. Jedenfalls ist die FPÖ-Frauenpolitik neben der üblichen Zurück-an-den-Herd-Linie um eine absurde Facette reicher - eine Facette, auf die wir gern hätten verzichten können.

Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, vereinigen wir uns!

Die Massen Algeriens und des Sudan erheben sich gegen die tyrannischen Regime ihrer privilegierten Bourgeoisie - die der FLN und der Armee im einen Fall, die des Islamismus und der politischen Polizei im anderen. Arbeiteraktivisten haben mit den Gewerkschaftsführern der COSATU und der „Kommunistischen“ Partei gebrochen, die den südafrikanischen Kapitalismus mit der schwarzen bürgerlichen Partei ANC seit 1994 verwaltet haben, und soeben eine Partei gegründet, die sich auf die soziale Revolution beruft (SRWP).

In einer kapitalistischen Welt, die auf eine Katastrophe zu steuert, sind das Anzeichen dafür, dass sich die Arbeiterklasse verteidigen und die Menschheit retten kann.

Die imperialistischen Mächte machen einander die Welt streitig

Die zweitgrößte Wirtschaft der Welt, China, ist durch den Umfang seiner Exporte, die Bildung mächtiger Konzerne (wie Huawei, der einer der geeignetsten für die Weiterentwicklung der 5G-Kommunikationen ist, die ein globales Thema darstellt), seine Käufe von bewirtschaftbaren Ländereien und ausländischen Unternehmen, seine Kredite an Staaten, die in Schwierigkeiten stecken (einschließlich Venezuela und Sudan), zu einem gewichtigen Imperialismus geworden. Da die Welt schon vor langem aufgeteilt wurde, kann sie nur auf Kosten der alten imperialistischen Mächte (USA, Deutschland, Japan, Frankreich, Großbritannien, Kanada ...) ihren neuen Platz einnehmen.

Um seine Lieferungen und Absatzmöglichkeiten garantieren, um die Interessen seiner multinationalen Unternehmen verteidigen zu können, baut der chinesische Staat (wie seine Rivalen) seine Armee aus und richtet im Ausland Stützpunkte (Dschibuti) ein. China macht all jenen schöne Augen, die vom US-Imperialismus bedroht werden, indem es sich als Verfechter des Freihandels darstellt, während es geduldig und methodisch seine eigene imperialistische Politik rund um die „neuen Seidenstraßen“ ausbaut.

Der vorherrschende Imperialismus konnte die Schwächung seiner Positionen nicht länger hinnehmen, ohne darauf zu reagieren - nicht nur gegenüber dem chinesischen Imperialismus, seinem gefährlichsten Rivalen, sondern auch gegenüber allen anderen Konkurrenten. Er kann nicht mehr zulassen, dass irgendwer, sei es Syrien, der Iran oder Venezuela, seine relative Schwächung ausnützt und es wagt, ihn herauszufordern.

Die Vereinigten Staaten stützen sich auf ihre wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Trümpfe. Sie vervielfachen ihre Gerichtsentscheidungen gegen ausländische kapitalistische Konzerne. Seit der Trump-Wahl haben protektionistische Maßnahmen (Erhöhung der Zölle) in Höhe von Hunderten Mil-

liarden Dollar die europäischen, kanadischen und vor allem chinesischen Exporte in die Vereinigten Staaten getroffen. Die EU und China haben symmetrische Vergeltungsmaßnahmen gegen US-Exporte ergriffen.

Der Wirtschaftskrieg ist nicht nur ein Faktor der Wirtschaftskrise, sondern auch der zunehmenden Instabilität zwischen den wichtigsten imperialistischen Ländern und in jedem Land selbst. Im Nahen Osten haben sich die Vereinigten Staaten unermüdlich darum bemüht, den Iran zurückzudrängen und zu erdrosseln. Trump gibt dem Kolonialstaat Israel seinen Segen für die Annexion Jerusalems und der Westbank. Die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien ... unterstützen die reaktionäre Monarchie Saudi-Arabiens in einem mörderischen Krieg im Jemen (an dem der Sudan teilgenommen hat). Frankreich fördert die Offensive des Marschalls Haftar in Libyen gegen die von den anderen westlichen Mächten, insbesondere Italien, unterstützte Regierung. Es verstärkt seine militärischen Interventionen in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik.

Russland verfügt über einen Militärstützpunkt in Syrien, festigt seinen Einfluss auf der Krim und unterstützt Abspaltungen von der Ukraine, Georgien und Moldawien. Trumps Drohungen mit einer militärischen Intervention in Venezuela, um Maduro zu stürzen, sind Teil der US-Offensive, um die Kontrolle über Lateinamerika wiederzuerlangen und den US-Imperialisten die Möglichkeit zu bieten, chinesische und russische Investoren aus Venezuela zu verdrängen. Die Türkei führt mit Zustimmung Russlands und der USA militärische Operationen gegen die kurdische Nationalbewegung im Irak und in Syrien durch. China besetzt Inseln in seiner Nachbarschaft, was wiederum als Rechtfertigung für den Militarismus in den benachbarten kapitalistischen Staaten (Japan, Vietnam, Südkorea, Philippinen, Australien) dient.

Der Aufstieg der Reaktion in all ihren Formen

Auf allen Kontinenten werden die demokratischen Freiheiten (das Recht, sich zu informieren, zu diskutieren, zu streiken, zu demonstrieren, zu organisieren ...) zurückgedrängt. Arbeiter werden auf das Niveau der Sklaverei zurückgestoßen. Von Israel, den Vereinigten Staaten usw. werden Mauern gebaut. Flüchtlinge sind oft die ersten Opfer, aber alle Unterdrückten und alle Arbeiter_innen sind bedroht. Das Recht auf Abtreibung wird in Ländern, in denen es trotz religiöser Institutionen erkämpft werden konnte, in Frage gestellt. Der birmanische Staat rottet Muslime aus; der türkische Staat besetzt Kurdistan militärisch; der Spanische Staat verweigert der Bevölkerung Kataloniens das Recht, über ihr Schicksal zu entscheiden.

Nicht nur Länder leiden unter schweren Wirtschaftskrisen (Venezuela, Argentinien, Türkei ...), auch die fortschrittlichsten kapitalistischen Staaten zwingen die Arbeiter_innen zu Arbeitslosigkeit, Prekarität, Erhöhung des Renteneintrittsalters, Verschlechterung des öffentlichen Gesundheitssystems und der öffentlichen Schulen, zum Anstieg der Mieten ... Die Kapitalisten greifen zur Erpressung, um Standortverlagerungen (im eigenen Land oder ins Ausland) zu erzwingen.

In diesem Umfeld werden die traditionellen Parteien des Kapitals erschöpft, untergraben, diskreditiert und schaffen es nicht oder nur noch sehr schlecht, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie eine parlamentarische Basis zu finden. Die relative oder absolute Verarmung immer größerer Bevölkerungsschichten, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch eines Teils des Kleinbürgertums, garantiert ihnen keine stabile Wählerbasis mehr. Viele ihrer Wähler enthalten sich oder wenden sich populistischen, fremdenfeindlichen oder gar faschistischen Parteien zu. Alle bürgerlichen Parteien, alte wie neue, schwenken die Fahne eines noch aggressiveren Nationalismus, um die Wut der Massen gegen „die Fremden“ (außen oder innen, gegen Migrant_innen, religiöse Minderheiten ...) zu lenken, die eigene Bourgeoisie zu schützen und die Ausbeutung zu verschärfen.

Die Abenteuer und die neuen fremdenfeindlichen und klerikalen Parteien geben vor, sich dem „System“, der „Oligarchie“, zu widersetzen, um „das Volk“ gegen die „Eliten“ zu vertreten: Sie gewannen das Referendum in Großbritannien, Wahlen in Brasilien, Italien, Österreich, der Türkei, Indien, den Philippinen, Polen usw. Aber der nationale Rückzug und die militärische Aggression, der religiöse Obskurantismus, werden die Schwierigkeiten der Arbeiter nicht lösen.

Der Erfolg „populistischer“ Demagogen und faschistischer Parteien beruht auf dem Fehlen einer revolutionären Alternative für die Arbeiterklasse zum Niedergang des Kapitalismus, seiner Bedrohung für die Umwelt, seiner politischen Krise, der von ihm geschaffenen internationalen Spannungen.

Die Gewerkschaftsbürokratien und traditionelle „reformistische“ Parteien erhalten von ihrer Bourgeoisie keinerlei Konzessionen mehr. Gewerkschaftsapparate sabotieren den Widerstand mit symbolischen und ohnmächtigen „Aktionstagen“, während sie bei den Angriffen der Regierung und der Kapitalisten auf die Arbeiterinnen mit ihnen zusammenarbeiten. Oft werden die alten sozialpatriotischen Parteien (Labour, Sozialdemokraten, „Kommunisten“ ...) genauso diskreditiert wie die traditionellen bürgerlichen Parteien. Die Schwächung der SPD in Deutschland, der PCF und der PS in Frankreich, das Verschwinden der PCI in Italien, die Diskreditierung der brasilianischen PT sind schlagende Beispiele.

Der kapitalistischen Barbarei ein Ende setzen

Trotz der Verschärfung der Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Profitrate, trotz der Einschränkungen der demokratischen Freiheiten, trotz der Einsetzung ultrareaktionärer Regierungen in einer Reihe von Ländern wurde die Arbeiterklasse nirgendwo zermalmt. In Brasilien erheben Lohnarbeiter, Frauen, Studenten und Indigene bereits wieder ihr Haupt und beginnen sich gegen die ersten Schläge der Bolsonaro-Regie-

rung zu erheben. In Ungarn gab es große Demonstrationen gegen Orban. In Italien demonstrierten hunderttausende Arbeiter in Rom gegen die Regierung Salvini-Di Maio. In Algerien mobilisieren Millionen Proletarier, Jugendliche, Frauen, Selbständige und Beamte gegen das korrupte Regime. Im Sudan versuchen Millionenmassen, das Regime der islamistischen Unterdrückung und der Ausplünderung zu stürzen, welches das Land tief gespalten hat.

In Algerien, im Sudan, in Brasilien, überall, muss der Kampf um die soziale Revolution geführt werden, um das Lager der großen Mehrheit der Ausgebeuteten, der Unterdrückten dafür zu gewinnen, das System wirklich zu schlagen. Es liegt an den Arbeitern, die Fabriken, die Minen, die Transport- und Kommunikationsmittel, die Banken und das Land zu übernehmen. Die Organisation der Massen erfordert Versammlungen und Komitees, die ihre Vertreter_innen wählen und sich auf lokaler und nationaler Ebene koordinieren. Alle Macht diesen Strukturen! Die „konstituierende Versammlung“ oder der „demokratische Übergang“ werden nur den Kapitalismus und den Unterdrückungsapparat aufrechterhalten, wie dies in Spanien, Tunesien und Venezuela der Fall war. Der Aufrechterhaltung des Kapitalismus fügt jeder „Islamische Staat“ noch die Unterdrückung von Frauen, Jugendlichen, religiösen Minderheiten und Homosexuellen hinzu, wie es das Kalifat von IS, der Iran und der Sudan zeigt.

Auf der Tagesordnung stehen der Generalstreik, die Selbstorganisation, die Organisation der Wehrpflichtigen, die Machtergreifung durch die Arbeiter in Stadt und Land!

Überall auf der Welt brauchen die Arbeiterklasse und die Jugend einen frischen Wind, eine Strategie der permanenten Revolution, eine kommunistische Internationale, um die Macht zu ergreifen und eine Gesellschaft ohne Klassen und ohne Grenzen aufzubauen.

Gegen den nach Verwesung stinkenden Nationalismus der bedrängten Bourgeoisien und ihrer sozialpatriotischen Agenten! Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter_innen! Freizügigkeit von Flüchtenden und ArbeiterInnen! Blockaden und imperialistische Militärexpeditionen beenden, Militärbasen schließen! Zerschlagung des israelischen Staates zugunsten eines einheitlichen, demokratischen und säkularen Palästinas in den Händen arabischer und jüdischer Arbeiter_innen!

Wiederaufbau einer Arbeiterinternationale auf der Grundlage des Programms der Kommunistischen Internationale zu Zeiten Lenins und der IV. Internationale zur Zeit Trotzki!

Enteignung der kapitalistischen Konzerne, Kontrolle der Produktion und des Austauschs auf Grundlage des Bedarfs und nicht des Profits! Auflösung der Unterdrückungsorgane und Bewaffnung der ArbeiterInnen!

Gegen die kapitalistische Barbarei in allen ihren Formen, soziale Revolution, Arbeiterregierung! Es lebe der Weltsozialismus!

CoReP (Deutschland, Frankreich, Kanada, Türkei)
INTERNACIEMA KOLEKTIVISTA CIRKLO IKC (Spanischer Staat)
FRAÇÃO TROTSKISTA - VANGUARDA PROLETÁRIA (Brasilien)

Manifest für die europäische sozialistische Revolution

Unter diesen Bedingungen ist ein einigermaßen vollständiger wirtschaftlicher Zusammenschluss Europas von oben herab, durch Verständigung zwischen kapitalistischen Regierungen, eine Utopie. Weiter als zu Teilkompromissen und halben Maßnahmen kann hier die Sache nicht kommen. Daher wird eine wirtschaftliche Vereinigung Europas, welche sowohl für die Produzenten wie für die Konsumenten und für die kulturelle Entwicklung überhaupt von größtem Vorteil ist, zu einer revolutionären Aufgabe des europäischen Proletariats in seinem Kampf gegen den imperialistischen Protektionismus und dessen Waffe, den Militarismus. (Leo Trotzki, Das Friedensprogramm, Mai 1917)

Die Europäische Union, ein wackeliger Kompromiss

Die Europäische Union entstand aus einem wackligen Kompromiss zwischen einer Anzahl westeuropäischer Bourgeoisien, die sich der unerträglichen Enge ihrer Grenzen bewusst waren.

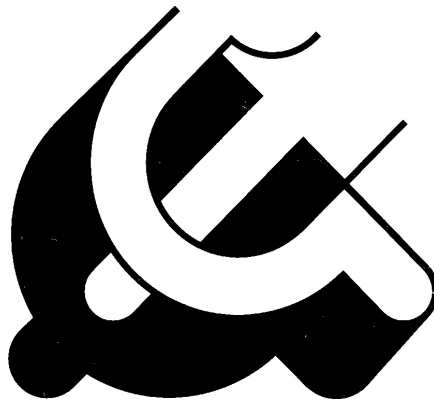
Der Nationalstaat ist, nachdem er der kapitalistischen Entwicklung einen kräftigen Anstoß gegeben hat, für die Ausweitung der Produktivkräfte zu eng geworden. (Manifest der Kommunistischen Internationale, März 1919)

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden diese Regierungen durch die Katastrophe traumatisiert, zu der die Versuche geführt hatten, ihre archaischen Grenzen durch imperialistische Gewalt zu überwinden. Nach zwei weltweiten Konflikten, die hauptsächlich auf dem Boden Europas ausgetragen wurden, waren der wahre Sieger die kapitalistischen Vereinigten Staaten von Amerika, die über einen nationalen Markt kontinentalen Zuschnitts verfügten. Die deutsche Bourgeoisie konnte nach dem Scheitern des Dritten Reiches ihre „Bauern“ nur unter der Maske einer Umgruppierung vorrücken lassen; mit dem Zusammenbruch des Kolonialreiches war die französische Bourgeoisie trotz der Prahlerien von General De Gaulle bei den internationalen Beziehungen zu einem Leichtgewicht geworden.

Die Europäische Union hat sich als vergeblicher Versuch erwiesen, den Niedergang des europäischen Kapitalismus zu verhindern. Um vollständig erfolgreich zu sein, hätte er Europa friedlich vereinigen müssen. Gewiss - die zwingende Notwen-

digkeit des Austauschs von Gütern, Kapital und Arbeitskraft zwischen den kapitalistischen Volkswirtschaften hat dazu geführt hat, dass 22 Staaten den sechs Gründerländern von 1958 beigetreten sind, und 18 von ihnen haben es sogar geschafft, diesen wirtschaftlichen und sozialen Austausch durch die Vereinheitlichung der Währung 1992 zu erleichtern.

Die Europäische Union ist zu spät auf der geschichtlichen Bühne erschienen, in der Epoche des historischen Niedergangs des Kapitalismus. Die europäischen Bourgeoisien sind nicht in der Lage, miteinander zu verschmelzen und überkommene Grenzen zu beseitigen, weil jede von ihnen untrennbar mit ihrem Nationalstaat verbunden ist. Der Nationalstaat ist für sie unabdingbar, um die Ausbeutung ihres Proletariats (von dem ein Teil überall ausländischen Ursprungs ist) zu garantieren und ihre Interessen gegen die anderen Bourgeoisien (einschließlich ihrer kontinentalen Nachbarn) zu verteidigen. Daher bleiben diese imperialistischen Mächte angesichts des durch den US-Imperialismus ausgelösten Wirtschaftskrieges, angesichts der Manöver des chinesischen Imperialismus, gespalten und machtlos. Die Grenzen vervielfachen sich auf einem bereits zerfallenen Kontinent und wiederholt kommt



es zu Kriegen.

Nach dem Zerfall Jugoslawiens jener der Ukraine

Als die stalinistische Bürokratie der Tschechoslowakei 1991 beschloss, den Kapitalismus wiederherzustellen, löste sich das Land 1992 in zwei Staaten auf, die in die Europäische Union (praktisch unter deutschem Einfluss) und die NATO (angeführt von den Vereinigten Staaten) eingegliedert wurden.

Als die jugoslawische Bürokratie beschloss, den Kapitalismus zu restaurieren, schürte die Rivalität zwischen der deutschen und der französischen Bourgeoisie den Bürgerkrieg von 1991 bis 1999 und führte zur Auflösung Jugoslawiens in sechs Staaten. Die NATO bombardierte auf Beschluss der USA und unter Beteiligung der belgischen und der französischen Armee Serbien, um den Konflikt zu beenden. Nationalistische Träume führten dazu, dass diese Bruchstücke um den Preis der Zerstörung der Infrastruktur entweder Russland oder der Europäischen Union unterworfen wurden, und um den Preis einer Million vertriebener Menschen und 300.000 Toter.

Als die russische Bürokratie 1991 beschloss, den Kapitalismus wiederherzustellen, brach die UdSSR auseinander. Seit-

dem macht die russische Bourgeoisie der amerikanischen, deutschen und französischen Bourgeoisie die neuen, formal unabhängigen kapitalistischen Staaten streitig, die sich in der Hand von Oligarchen befinden, die die Länder nicht entwickeln und somit ihre Autonomie gewährleisten könnten. Das ist in der Ukraine der Fall, wo die Forderungen der Europäischen Union zu einer Verschärfung der Not der Arbeiter führten, während der mächtige russische Nachbar mittels der Erdgasversorgung das Land erpresste. Die Bestrebungen, besser und frei zu leben, wurden 2004 und 2013 von kapitalistischen Cliquen, die sich an deutsche oder russische Imperialisten verkauft hatten, verhindert und irregeleitet.

Sowohl die Bourgeoisie aller Länder als auch alle möglichen kleinbürgerlichen Parteien, die „Paktierer“parteien, die sich mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiter verbünden, waren vor allem bestrebt, die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten zu entzweien, das Mißtrauen zu schüren, das enge internationale Bündnis, den internationalen brüderlichen Zusammenhalt der Arbeiter zu zerstören. Wenn das der Bourgeoisie gelingt, dann ist die Sache der Arbeiter verloren. (Wladimir Lenin, Brief an die Arbeiter und Bauern der Ukraine, Dezember 1919, LW 30, S. 287)

Anfang 2014 deckten die Europäische Union und die Vereinigten Staaten die Beteiligung faschistischer Parteien an der neuen ukrainischen Regierung. Die russische Armee, die auf das Fehlen einer EU-Armee und die Misserfolge der US-Streitkräfte im Irak und in Afghanistan setzte, okkupierte bereits einen Teil der Republik Moldau und Georgiens, nachdem sie Tschetschenien in den Jahren 1994-96 und 1999-2000 mit massiver Gewalt in ihrem Territorium festgehalten hatte. Putin hat die Krim im April 2014 trotz der Feindseligkeit einer ukrainischen und einer tatarischen Minderheit in Russland eingegliedert. In der Ukraine herrscht ein versteckter Bürgerkrieg zwischen kapitalistischen Cliquen, die sich an benachbarte Bourgeoisien verkauft haben. Die CIA berät die Kiewer Regierung, die Massaker wie jenes in Odessa deckt. Die Stoßtruppen der russischen Armee infiltrieren maskiert das ukrainische Territorium. Nach der Besetzung der Krim im März haben die „Spezialeinheiten“ den pro-russischen Milizen, zu denen auch faschistische Elemente gehören, geholfen, die Kontrolle über mehrere Städte in der Ostukraine zu übernehmen, in denen die Gegner manchmal physisch liquidiert werden. Am 25. November 2018 überprüfte die russische Marine drei ukrainische Schiffe in der Meerenge zwischen dem Schwarzen Meer und dem Asowschen Meer, denen vorgeworfen wurde, ohne Genehmigung in Territorialgewässern eingedrungen zu sein.

Den kleinen Völkern eine freie Existenzmöglichkeit zu sichern vermag nur die proletarische Revolution, welche die Produktivkräfte aller Länder aus der Enge der Nationalstaaten befreit, die Völker im engsten wirtschaftlichen Zusammenarbeiten auf der Grundlage eines allgemeinen Wirtschaftsplans vereinigt und auch dem kleinsten und schwächsten Volk die Möglichkeit gibt, frei und unabhängig die Angelegenheiten seiner nationalen Kultur zu führen, ohne Schaden für die vereinigte und zentralisierte Wirtschaft Europas und der ganzen Welt. (Manifest der Kommunistischen Internationale, März 1919, Die Kommunistische Internationale, Bd 1, S 30, Köln 1984)

Die Europäische Union ist jetzt in die Zange genommen

Die durch den US-Imperialismus geführte Wirtschaftsoffensive verschärft die Spannungen zwischen allen Imperialismen. Sie zielt nicht nur auf China, sondern auf viele Länder der Welt und auch auf Europa ab, das sich zwischen den Mülsteinen der amerikanischen Aggressivität und dem Aufstieg des chinesischen Imperialismus befindet. Die Vereinigten Staaten bedrohen die Europäische Union mit vielfältigen Steuern auf ihre Exporte, auf Stahl sowie auf Automobile oder die Luftfahrt. Gleichzeitig wurden europäische Unternehmen und Banken angewiesen, alle Geschäftsbeziehungen mit dem Iran bei Strafe von Sanktionen und dem Ausschluss vom US-Markt einzustellen. Der Druck des US-Imperialismus wird auf vielerlei Arten ausgeübt, beispielsweise durch die unmittelbare Androhung von Sanktionen gegen europäische Unternehmen, die am Bau der Verdoppelung der Gaspipeline zwischen Russland und Deutschland beteiligt sind. Darüber hinaus führt der Druck der USA auf China zu einer Verlangsamung des Wachstums, was eine Verlangsamung der europäischen Exporte, insbesondere aus Deutschland, nach China zur Folge hat. Große chinesische Unternehmen erhöhen ihre Direktinvestitionen durch den Erwerb ganzer oder eines Teile von Unternehmen oder Infrastruktureinrichtungen in Europa (Hafen von Piräus in Griechenland, Hersteller von Industrierobotern Kuka in Deutschland, Reifenhersteller Pirelli in Italien, Flughafen Toulouse in Frankreich ...). Der chinesische Imperialismus verstärkt die Initiativen zur Stärkung seiner Positionen in europäischen Ländern, indem er bilaterale Abkommen mit erheblichen Investitionen und Darlehen begünstigt - sowohl im Zusammenhang mit der „neuen Seidenstraße“ als auch bei den „16 + 1“-Treffen, die China mit den ehemaligen Ländern des Sowjetblocks initiiert hatte und von denen 11 Mitglieder der Europäischen Union sind. So wurden chinesische Investitionsabkommen direkt nicht nur mit Italien, sondern auch mit Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien ... abgeschlossen.

Die Brexit-Sackgasse

In Großbritannien hat ein Konglomerat von Parteien oder Fraktionen bürgerlicher Parteien, die die Interessen jenes Teils der englischen Bourgeoisie vertreten, der mehr mit dem Rest der Welt verbunden ist als mit Europa, mehr den USA untergeordnet oder dem europäischen Wettbewerb zum Opfer gefallen ist, zum Brexit gedrängt und das Referendum im Jahr 2016 gewonnen. Die Kampagne, die sie führten, hat alle Rekorde an Chauvinismus und Demagogie geschlagen, indem sie die Arbeiter glauben machten, dass sie, wenn sie sich von „Fremden“ - Europäer oder nicht - und den Regeln der Europäischen Union befreien, den Wohlstand und die Größe des ehemaligen britischen Empire wiederherstellen könnten. Drei Jahre sind vergangen, und als die Frist näher rückte, haben sich Auflösung und Chaos nur verstärkt! Die britische Bourgeoisie kann weder mit noch ohne Zustimmung hinausgehen oder bleiben und marschiert mit geschlossenen Augen der wirtschaftlichen Katastrophe entgegen. Alles deutet darauf hin, dass der Austritt aus der Europäischen Union zu einem erheblichen Rückgang

von Handel und Produktion führen wird. Bereits jetzt schließen Unternehmen oder übersiedeln in andere europäische Länder, um die Vorteile des europäischen Marktes zu behalten. Die Vereinigten Staaten freuen sich über den Brexit, weil sie der britischen Bourgeoisie in bilateralen Verhandlungen ihre Bedingungen aufzwingen werden. Am Ende werden Arbeiter und Jugendliche den Preis des Brexit zahlen! Angesichts der Lähmung der britischen Regierung der Tories, die es nicht geschafft hat, den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zu organisieren und nur um Aufschub nach Aufschub betteln konnte, angesichts der Zweideutigkeiten der Labour Party, von der niemand weiß, ob sie für oder gegen den Brexit ist, sind es die faschistoiden Parteien UKIP und Brexit-Partei, die immer hemmungsloser werden und Rückenwind für die Europawahlen in Großbritannien verspüren. Für die anderen europäischen Länder bedeutet der Rückzug Großbritanniens vor allem eine Verringerung des innergemeinschaftlichen Handels mit unterschiedlichen und mehr oder weniger schädlichen Folgen. Für die gesamte Europäische Union ist es eine beträchtliche Schwächung, wenn ein Land von der Bedeutung des Vereinigten Königreichs die Brücken abbricht.

Das Hirngespinnst der Stärkung der Europäischen Union

In dieser schwierigen Situation erklären die meisten Vertreter der Bourgeoisie aus ganz Europa denjenigen, die sie ausbeuten, dass ihr Heil in der Stärkung der Europäischen Union liegt. Eine Stärkung würde diese letztendlich zu einer wirtschaftlichen Macht machen, die mit den USA und China konkurrieren und in internationalen Verhandlungen gleichberechtigt diskutieren könne. Eine Stärkung würde sie zu einem vollständigen Kontinent machen, auf dem die Umwelt erhalten bliebe. Dies wäre umso gewichtiger, als damit internationale ökologische Standards festgelegt werden könnten. Eine Stärkung würde das Wachstum, den sozialen Fortschritt, die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Völkern und die Friedenssicherung ermöglichen. Alle diese Behauptungen sind ebenso Hirngespinnste wie Lügen.

Angesichts der weltweiten Wirtschaftsspannungen und der Verlangsamung des Wachstums divergieren die Interessen der europäischen Bourgeoisie zunehmend, und es wird immer schwieriger zu versuchen, den Eindruck der Einheit zu wahren. Die stärksten Bourgeoisien, die deutsche und französische mit 20% bzw. 14% des BIP der Europäischen Union, versuchen gemeinsam gegen China vorzugehen, unterscheiden sich jedoch bei der Position, die die Europäische Union angesichts des Brexit vertreten soll; sie stehen bei den Vorstellungen zueinander in Widerspruch, die die Europäische Union bei den Verhandlungen mit den USA einnehmen muss, und die deutsche Bourgeoisie lehnt die Waffenlieferungen Frankreichs an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate für den Krieg im Jemen ab. Die Europäische Union wird auch von Blöcken zwischen verschiedenen Ländern charakterisiert, die ihren eigenen Kurs fahren und daher Fermente der Spaltung sind, wie die Visegrad-Gruppe, einschließlich Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei oder die von Polen initiierte Gruppe der drei Meere, die 12 Länder Mitteleu-

ropas zwischen Ostsee, Mittelmeer und Schwarzem Meer vereint. Die Vereinigten Staaten nutzen die NATO-Mitgliedschaft von osteuropäischen Ländern wie Albanien, Kroatien, Montenegro oder die Beitrittsansuchen von Bosnien-Herzegowina, Georgien, der Republik Mazedonien und der Ukraine, um ihre eigenen Interessen voranzutreiben. In Europa dominiert heute nicht die Bewegung zur Integration, sondern die Fliehkraft.

Angesichts der Drohungen des US-Imperialismus mit Besteuerung europäischer Exporte von Stahl, Automobilen, der Luftfahrt usw. in die USA; angesichts der Wirtschaftsoffensive des chinesischen Imperialismus, halten es die meisten europäischen kapitalistischen Führer für unabdingbar, dass die Europäische Union protektionistische Regeln an ihren Grenzen verschärft, um sie vor dem Wettbewerb zu schützen, der offensichtlich als unfair gilt. Dies wird nur den Wirtschaftskrieg, die Verringerung des Handels und die Krise beschleunigen. Protektionismus beschleunigt immer die wirtschaftliche Depression und führt zum Krieg.

Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmässiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wieder herzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik. (Wladimir Lenin, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, August 1915, LW 21, S. 345)

Die globale Erwärmung, die Verschmutzung der Ozeane, des Grundwassers und die Zerstörung von Tier- und Pflanzenarten beschleunigen sich auf der ganzen Welt. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Umweltschützer machen die Einzelnen für die Umweltzerstörung verantwortlich und predigen ein „ökologisch verantwortungsvolles“ Betragen. Viele europäische Führungskräfte zeigen gerne ihre ökologische Sensibilität. Aber der Privatkonsum der Arbeiter_innen hat nichts mit den Golfplätzen, Privatjets und Yachten ... der Kapitalisten zu tun. Die Hauptursache dieser tödlichen Gefahren für die Menschheit ist nur in der Herrschaft des Kapitalismus auf der ganzen Welt zu suchen und zu finden. Produktion, Handel, Konsum, Kredit - alles wird durch die Regeln des kapitalistischen Profits bestimmt, ohne sich um die Umwelt zu scheren, es sei denn, bestimmte Maßnahmen zum Schutz der Umwelt werden selbst zu einer Gewinnquelle, die sie dann in ihr Gegenteil verkehrt. Die Europäische Union der kapitalistischen und imperialistischen Bourgeoisien für die Mächtigsten entgeht dieser Logik nicht. Nach dem harten Vorgehen der Automobilhersteller gegen die Verschmutzungsnormen für Dieselmotoren und dem tatsächlichen Verbrauch von Benzinmotoren schwören die wichtigsten europäischen Automobilkonzerne auf das Elektroauto als neues El Dorado. Aber wie wird die für ihren Betrieb notwendige elektrische Energie erzeugt, wie werden Kosten und Umweltschäden in Europa und in der Welt kontrolliert, die durch die Herstellung von Batterien und deren Beseitigung am Ende ihrer Lebensdauer entstehen - das passt nicht in ihre Berechnungen! Und alles ist in Ordnung, vom großflächigen Einsatz von Pestiziden bis hin zur anarchischen Entwicklung von Städten, an deren Rändern die ärmsten Schichten der Bevölkerung dahinvegetieren. Trotz aller Glaubensbekenntnisse kann der kapitalistische Charakter der Europäischen Union der Bourgeoisie kein Motor im Kampf gegen die Zerstörung des Planeten sein.

Die Europäische Union hat die Werktätigen und die Jugendlichen nicht vor der globalen Kapitalkrise von 2008, der europäischen Schuldenkrise und ihren Folgen geschützt. Die wichtigsten Industriekonzerne und die Banken wurden zwar mit Finanzspritzen in Milliardenhöhe vor dem Bankrott gerettet, aber Arbeiter und Jugendliche haben dafür den Preis, vor allem in Griechenland, Spanien und Portugal, bezahlt. Seitdem hat jedes europäische kapitalistische Land den Druck auf seine eigene Arbeiterklasse erhöht, um die Profitrate aufrecht zu erhalten oder noch zu erhöhen, indem Löhne gesenkt, Arbeitszeiten erhöht, die Arbeit intensiviert, Renten gesenkt werden, die Möglichkeiten der Entlassung erleichtert und der Zugang zu Gesundheit und Ausbildung erschwert wird.

Der chauvinistische Mythos der den bürgerlichen Nationalstaaten übergeordneten Brüsseler Kommission

Selbstverständlich vernachlässigt es keine Regierung, der Europäischen Union die Verantwortung für die unpopulären Maßnahmen anzulasten, die sie für ihre Bourgeoisie ergreift. Die britische Konservative Partei, die italienische Lega und viele andere schlagen regelmäßig diese Saite an. Faschistoide und faschistische Parteien verurteilen genauso wie ein Teil der Arbeiterbewegung (insbesondere die alten stalinistischen Parteien und verschiedene Avatare des Reformismus und des Zentrismus) ein allmächtiges „Europa“, das den Nationalstaaten ihr Verhalten vorschreiben würde und denen damit ihre Souveränität entzogen ist. Dieses nationalistische Gift ist eine Augenauswischerei.

Das Europäische Parlament hat keine wirklichen Befugnisse, da die Entscheidungen der Europäischen Union vom „Europäischen Rat“ (und in geringerem Maße vom „Ministerrat“) getroffen werden, d.h. einvernehmlich zwischen den 28 nationalen Exekutivregierungen. Sie werden von der „Europäischen Kommission“ angewandt, deren Kommissare von den nationalen Regierungen ernannt werden. In gleicher Weise werden der Präsident und die Gouverneure der Europäischen Zentralbank von den 18 Regierungen des Euro-Währungsgebiets ernannt.

Die Europäische Union beruht auf Kompromissen zwischen den Staaten, aus denen sie sich zusammensetzt, und insbesondere auf Verhandlungen zwischen den Mächtigsten (Deutschland, Frankreich, Italien und bisher Großbritannien). Die „deutsch-französischen Gipfeltreffen“ scheinen nicht in den Verträgen der Gemeinschaft auf, aber sie bereiten die Tagungen des Europäischen Rates seit 1957 über die Köpfe der Kommission und des Parlaments hinweg vor. Daher wurde ohne die Zustimmung der deutschen und französischen Exekutivgewalt keine wesentliche Entscheidung der EU getroffen: Schaffung des Gemeinsamen Marktes im Jahr 1957, Verabschiedung einer gemeinsamen Agrarpolitik im Jahr 1962, Erweiterung von 1973, Annahme von festen Kursen zwischen den Währungen im Jahr 1979, Entscheidung über eine einheitlichen Währung im Jahr 1992, Einführung des Euro im Jahr 1999 bzw. 2002, Erweiterung von 2004, Annahme neuer Verfahrensregeln im Jahr 2009, Beihilfe für Griechenland im Jahr 2010 ...

Der Haushalt der Europäischen Union beweist, dass sie weit davon entfernt ist, ein Staat zu sein. Erstens hat sie kein Recht, Steuern selbst einzuhoben und wird hauptsächlich aus Beiträ-

gen der Mitgliedstaaten finanziert. Zweitens machen diese Ressourcen nur etwas mehr als 1% des BIP der Region aus.

Die Europäische Union hat kaum eine gemeinsame internationale Politik und keine militärischen Mittel, um sie durchzusetzen. Die imperialistische amerikanische, britische, italienische und spanische Intervention im Irak im Jahr 2003 wurde trotz der Mahnungen Russlands, Deutschlands und Frankreichs durchgeführt. Die imperialistische amerikanische, französische, britische, italienische und spanische Intervention 2011 in Libyen fand trotz der Haltung der deutschen Regierung statt. Die französischen imperialistischen Interventionen im Jahr 2013 in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik, gefolgt von der Operation Barkhane, wurden ohne Konsultation der EU oder der anderer Regierungen beschlossen. Heute stehen sich in Libyen zwei Fraktionen in neuen Konfrontationen gegenüber, von denen eine von Italien und die andere von Frankreich unterstützt wird!

Hinter einer demokratischen Fassade stellt die Europäische Union wieder eine Hierarchie von Staaten her, die von einer Handvoll großer imperialistischer Länder angeführt wird und an deren Basis die beherrschten Länder stehen. Dazwischen befinden sich die kleineren Imperialismen.

Während der globalen Kapitalkrise von 2008 bis 2009 war jeder Kapitalismus sich selbst der Nächste: Jeder Staat hat im Überfluss seine Finanz- und Automobilkonzerne finanziert, ohne Respekt vor dem „Liberalismus“ oder den Regeln der öffentlichen Verschuldung und der Schulden der EU. Die Europäische Kommission hat nie Sanktionen wegen Verstößen gegen die in den Verträgen festgelegten Budgetbegrenzungen verhängt (öffentliches Defizit unter 3% des BIP, öffentliche Verschuldung unter 60%).

Europäische Regierungen unterdrücken Migrant_innen und weisen sie zurück

In Europa haben die wichtigsten imperialistischen Länder (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien ...) die beherrschten Länder ihres Kontinents und der ganzen Welt geplündert. Die Regierungen, die aus dieser elenden Ausbeutung lukrative Gewinne ziehen, instrumentieren mit Tausenden von sozialen, politischen und medialen Mitteln die Trennung zwischen ihren eigenen Arbeiter_innen (Geschlecht, Rasse, Herkunft, Alter, rechtlicher Status, sexuelle Orientierung, Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit ...). Um diese Herrschaft in ihren eigenen Ländern aufrechtzuerhalten, verbietet die Bourgeoisie die Öffnung der Grenzen, die Millionen von Menschen brauchen würden. Halten wir fest, dass das Überschreiten dieser Grenzen kein Problem ist, wenn es sich bei Flüchtenden um Millionäre handelt.

Seit 2014 haben jedes Jahr Hunderttausende von Migranten die Europäische Union um Hilfe und Aufnahme gebeten. Die Mittelmeerländer standen an vorderster Front. Während sich Deutschland entschloss, einen Teil der Migranten aufzunehmen (890.000 im Jahr 2015), haben die anderen Länder rasch Aufnahmebeschränkungen und verstärkte Repression praktiziert. In allen Fällen wurde die Aufnahme unter drastischen Bedingungen und ekelhafter Überwachung vorgenommen, und nur sehr wenige profitierten von einem echten Asyl oder einem

Aufenthaltsrecht. Die Regierungen haben rasch und in unterschiedlichem Maß ihre Grenzen befestigt, die Zahl der Zuwanderer begrenzt, den Abbau provisorischer Lager und die Abschiebung an die europäische Grenze des Landes, in dem sie die EU betraten, durchgeführt (Dublin-Abkommen), das Asylrecht nach monatelangem Warten in Armut abgelehnt ...

Ende 2015 macht die Regierung Merkel einen Rückzieher und beschließt, Migranten außerhalb der Grenzen der EU und des damit verbundenen Polizeibereichs (Schengenraum) aufzuhalten. Im März 2016 wird der Türkei und Griechenland ein Abkommen aufgezwungen. Beide Länder sind den Diktaten von Paris und Berlin unterworfen, also den dominierenden Regierungen der EU. Als Gegenleistung für ein paar Milliarden muss Erdogan Millionen von Mashrek-Flüchtlingen in Lagern halten. Die griechische Volksfrontregierung Syriza-ANE von Tsipras wird aufgefordert, Migranten auf Inseln zu verteilen und dann massenhaft in die Türkei zu schicken. Bis Ende 2018 sind noch mehr als 60.000 von ihnen in griechischen Lagern mit katastrophalen Gesundheitszuständen gestrandet. Hunderttausende wurden durch die von Merkel, Macron, May und Renzi gewollte Vereinbarung abgeschoben.

Der andere Weg der Migration führt durch Libyen. Die Nachfolger von Gaddafi sind Befehlsempfänger des großen europäischen Kapitals, mit Paris und Rom an der Spitze.

Seit der Schließung der Route durch Griechenland und Libyen unterstützt die EU mit 148 Millionen Euro Marokko dabei, „die Küstenwachen auszurüsten“, die 2018 zur Bekämpfung von Schleusern gezahlt wurden. Im Jahr 2018 wurden in Marokko fast 100.000 Migranten festgenommen, in ihre Herkunftsländer ausgewiesen oder in Lager gesperrt. Wenn sie nach Spanien ziehen, registriert die Regierung von Sanchez ihre Asylanträge und die meisten erhalten eine miserable Entschädigung, ohne einen legalen Status garantiert zu bekommen. Rettungs- und Aufnahmequoten sind die Regel, und die Zahl der willkommenen Migranten ist geschmolzen. Die Zahl der Todesfälle auf Landweg und auf See nimmt bei abnehmender Zahl der Flüchtenden stark zu. Spaltung und Wettbewerb herrschen zwischen den europäischen Ländern. Jede Regierung weigert sich, Migrant_innen anzunehmen, die reaktionärsten verweigern die Aufnahme von einigen tausend Menschen pro Jahr, errichten Mauern an ihren Grenzen wie in Serbien oder Ungarn. In jedem Land müssen Migranten als Sündenböcke herhalten, um die Arbeiterschaft zu spalten.

In Spanien schließen die bürgerlichen Parteien PP und Ciudadanos Wahlbündnisse mit der neuen faschistischen Partei Vox, die alle Flüchtlinge zurückschicken will. In Frankreich spornen die Parteien LR, RN, DF die Regierung von Macron an, die ohnehin „jährliche Quoten“ für Flüchtlinge festlegen will. Sie verabschiedeten im September 2018 ein Gesetz „Asyl und Einwanderung“, das noch restriktiver gegen Einwanderer vorgeht als bisher. In Deutschland hilft die faschistoide und islamfeindliche AfD der CDU-CSU von Merkel und der SPD, Angst vor „den Fremden“ zu schüren. In Italien beseitigt die nationalistische Regierung aus 5-Sterne-Bewegung und Lega Nord die staatlichen Beihilfen für Migranten und lässt sie durch ihre Küstenwache nach Libyen zurückbringen. Salvini's kürzlich erlassenes Dekret hat 25% der Asylbewerber für zwei Jahre der humanitären Aufenthaltserlaubnis beraubt.

NGO-Boote haben nicht mehr das Recht, Migranten im Mit-

telmeerraum zu retten (30.000 Leben gerettet seit 2014). Das Boot L'Aquarius der französischen NGO SOS Méditerranée wird von der Regierung Macron blockiert, die es ablehnt, es unter französischer Flagge zu registrieren. Im Januar 2019 mussten die Boote der deutschen NGOs Sea Watch 3 und Sea Eye mit Schiffbrüchigen in internationalen Gewässern bleiben, da kein EU-Land einer Landung zugestimmt hatte. Seit 2014 wurden fast 17.000 ertrunkene Migranten von den Vereinten Nationen identifiziert, davon mehr als 1.800 im Jahr 2018. Jedes Jahr sterben Tausende mehr, die von der Polizei getötet oder durch Hunger und Durst in Lagern umkommen, die von mafiösen Elementen kontrolliert werden oder in der Wüste von marokkanischen, libyschen und algerischen Polizisten mehrere Kilometer von ihren Grenzen entfernt ausgesetzt werden. Von den 1,240.000 Asylanträgen in der EU im Jahr 2017 wurden nur 538.000 unter miserablen Bedingungen angenommen - eine „Schutzquote“ von etwa 45%.

Der aufhaltsame Aufstieg von Rassismus und Faschismus

In jedem Mitgliedsland war eine Fraktion des Kapitals nicht in der Lage, die Öffnung der Grenzen und die Konkurrenz anderer europäischer Unternehmen zu bewältigen. Der unwiderstehliche Aufstieg Deutschlands seit seiner Eingliederung der DDR 1990 und der Öffnung Mitteleuropas für seine Güter und sein Kapital beunruhigt die anderen Bourgeoisien der EU. Die globale Kapitalkrise von 2008 bis 2009 hat die Kluft zwischen dem deutschen Kapitalismus und seinem französischen Rivalen vergrößert.

Ein Teil der deutschen, niederländischen, dänischen, finnischen Bourgeoisie zögert, sich der Bourgeoisien des Südens anzunehmen.

Rassistische und faschistische Parteien benutzen Fremde als Sündenböcke. Die „demokratischsten“ Regierungen jagen Migrant_innen und sogar Roma, die Bürger von Mitgliedsländern sind (das war der Fall der PS-Regierung in Frankreich).

Massenarbeitslosigkeit in Verbindung mit Ohnmacht, Feigheit und wiederholtem Verrat der „reformistischen“ Parteien und Gewerkschaftsführer schüren den Aufstieg fremdenfeindlicher Parteien bis hin zum Neonazismus. Innerhalb von 10 Jahren, von 2008 bis 2018, ist das Wachstum dieser Organisationen in Europa spektakulär. Faschistische Gruppen und Parteien greifen mit der Komplizenschaft der Polizei in Griechenland, Deutschland, Ungarn, Frankreich bereits Arbeiteraktivisten, nationale Minderheiten und Ausländer an... In Österreich und in Finnland beteiligen sich faschistoide Parteien an Regierungen, in Dänemark unterstützt eine faschistoide Partei die Regierung, ohne daran teilzunehmen. In Italien führt die mit der populistischen 5-Sterne-Bewegung verbündete Lega Nord die Regierung. In Ungarn und Polen konkurrieren bürgerliche Regierungsparteien mit faschistischen Parteien in Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus. In den Niederlanden haben die islamophoben Parteien ein hohes Stimmniveau bei den Wahlen. In Spanien gewinnt die neue faschistische Partei VOX an Boden. In Großbritannien nährt sich die neue, gewalttätig ausländerfeindliche Brexit-Partei, die der frühere UKIP-Führer Farage gegründet hat, von der Sackgasse der Regierung ...

Erklärung des CoReP (Kollektiv Permanente Revolution)

Die Arbeiterklasse könnte dem rasch ein Ende setzen, aber das bedeutet, dem bürgerlichen Staat, seinen Gesetzen, seinen Richtern und seinen Polizisten kein Vertrauen zu schenken, um der „extremen Rechten“ entgegenzuwirken, im Gegensatz zu dem, was die Massenorganisationen der Arbeiterklasse seit langem predigen. Dies impliziert die konsequente Mobilisierung der Arbeiterklasse mit ihren eigenen Organisations- und Kampfmethoden, auf dem Boden der Klassenunabhängigkeit, um die Einheitsfront durchzusetzen, um das Wiedererstarken faschistischer Organisationen und anderer Epigonen der Nazis zu verhindern. Um den rassistischen und faschistischen Parteien den Boden zu entziehen, müssten die Organisationen der Arbeiterklasse mit ihrer gesamten Bourgeoisie, mit der Pro-EU-Fraktion ebenso wie mit der Anti-EU-Fraktion und mit dem sogenannten „nationalen Interesse“ brechen, welches die Arbeiterklasse spaltet und ihren Ausbeutern unterwirft, und sich für den Weg der Arbeiterregierung entscheiden.

Für die soziale Revolution in ganz Europa, von der Türkei bis nach Island, von Portugal bis nach Russland

Um sich zu emanzipieren und die Gesellschaft von den Hindernissen und der Bedrohung zu befreien, die die kapitalistische Produktionsweise darstellt, müssen sich die Proletarier_innen der gesamten Bourgeoisie entgegenstellen.

Sozialpatriotische Parteien („Labour“, „Sozialdemokraten“, „Sozialisten“, „Kommunisten“) ordnen das Proletariat seiner Bourgeoisie zu. Flankiert von zentristischen Organisationen (falschen „Trotzkisten“, die den Aufstand und die Diktatur des Proletariats ablehnen, die Überreste des Maoismus usw.), behaupten, die Europäische Union verbessern zu können oder, noch dümmer, dass der Kapitalismus in einem einzigen Land reformierbar und sogar noch lebensfähiger sei. Die regierenden „reformistischen“ Parteien tun dies für ihre Bourgeoisie und gegen die Arbeiterklasse. Gewerkschaftsführungen sind auch Bürokratien, die nicht mehr als nur über die Angriffe von Unternehmern und Regierungen „verhandeln“ können. Um sich zu verteidigen, müssen die Arbeiter ihre Unabhängigkeit von allen Kapitalisten behaupten, ihnen die Macht entreißen und den Kontinent vereinigen.

Einhundert Jahre nach dem ersten Weltkrieg braucht das Proletariat eine neue Führung, eine revolutionäre Arbeiterinternationale und in jedem Land eine internationalistische und revolutionäre Partei bolschewistischen Typs, um zu verhindern, dass Europa erneut in Nationalismus und Krieg versinkt.

So könnten sich die Arbeiter, Angestellten, Techniker usw. vereinigen und die Arbeitslosen, die halb ausgebeuteten Schichten („selbständige“ Arbeiter, prekär Beschäftigte), junge Menschen in Ausbildung um sich sammeln, um die Herrschaft der bürgerlichen Minderheit zu stürzen, die politische Macht zu erobern, die alten Produktionsbeziehungen abzuschaffen, die europäische Revolution auszudehnen, mit den anderen aus sozialistischen Revolutionen hervorgegangenen Arbeiterregierungen in Europa und außerhalb zusammenzuarbeiten (einschließlich der Türkei, die das kapitalistische Europa ablehnt).

Den Losungen der nationalen Verzweiflung, der nationalen Besessenheit, muss man die Parolen des internationalen Aus-

wegs entgegenstellen. (Leo Trotzki, Die Wende der KI und die Situation in Deutschland, September 1930, Schriften über Deutschland I, S. 95)

• **Anpassung des Arbeitsrechts an die vorteilhaftesten Regeln Europas! Kündigungsverbot! Mobile Lohn- und Arbeitszeitskala! Aufteilung der Arbeit auf alle Arbeiter! Arbeiterkontrolle über Neueinstellungen und Produktion!**

• **Respektierung der nationalen Minderheiten! Loslösungsrecht der nationalen Minderheiten! Sofortige Freilassung aller katalanischen politischen Gefangenen! Aufhebung aller Gerichtsverfahren gegen die katalanischen Aktivisten!**

• **Freizügigkeit der Arbeiter_innen aus allen Ländern Europas! Gleiche Rechte für alle Arbeiter_innen!**

• **Grenzen für Migrant_innen öffnen! Niederlassungs- und Reiserecht, Dokumente für alle!**

• **Unterricht und Gesundheitsversorgung - qualitativ hochwertig und kostenlos! Schluss mit den Angriffen auf die indirekten Löhne! Entschädigungslose Enteignung von Banken und Versicherungen! Annullierung aller öffentlichen Schulden!**

• **Vollständige Trennung von Staat und jeder Religion! Keine Subventionen für Religionen! Verbot aller religiösen Propaganda in Ausbildungsstätten! Freier Zugang in ganz Europa zu Verhütungsmitteln und Schwangerschaftsabbruch!**

• **Abschaffung der Monarchien! Abschaffung aller parlamentarischen Kammern, die nicht durch allgemeines Stimmrecht gewählt werden (englisches Oberhaus, französischer Senat ..). Entlohnung der Gewählten in Höhe eines Facharbeiterlohns! Abwählbarkeit der Abgeordneten.**

• **Nieder mit allen militärischen und wirtschaftlichen Verträgen! Schluss mit den europäischen militärischen Interventionen im Ausland und Schließung aller Militärstützpunkte im Ausland!**

• **Selbstverteidigung von Arbeiterkämpfen und Arbeiterorganisationen gegen alle Banden des Kapitals! Auflösung der professionellen Armeen und Repressionskräfte und Bewaffnung der Arbeiter_innen!**

• **Sturz aller bürgerlichen Regierungen! Schaffung von Arbeiterräten! Regierung ohne bürgerliche Minister, die sich auf die Räte stützt! Grenzen aufheben! Vereinigte sozialistische Staaten von Europa!**

Der Hauptfeind steht in unserem eigenen Land. Die Einheit Europas und der Weltsozialismus können nur das Ergebnis einer sozialen Revolution sein, die von einer Klasse durchgeführt wird, die weder über Besitz verfügt noch ausgebeutet, die international und nicht national ist.

Der Sieg der sozialistischen Revolution auf dem Kontinent wird der Revolution in Nordafrika, im Nahen Osten und in der ganzen Welt einen Schwung verleihen, der es gestatten wird, die Bedingungen für den Weltsozialismus zu schaffen.

Bauen wir die Internationale auf, deren rote Fahnen verkündet werden: Lang lebe die Union der Arbeiter- und Bauernregierungen der Welt!

16. April 2019

Kollektiv Permanente Revolution - CoReP

Venezuela und Kolumbien: Die Klassenkräfte werden gemessen

Eine Welle von sozialen und politischen Konfrontationen kennzeichnet momentan die Situation in Süd- und Mittelamerika. In Argentinien gibt es breite Mobilisierungen gegen die Sparpolitik der Regierung Macri; in Brasilien lässt sich die Arbeiter_innenbewegung trotz der gesteigerten Repression unter der Präsidentschaft des Faschisten Jair Bolsano nicht entmutigen. In großen Demonstrationen wird unter anderem gegen die Angriffe auf Renten und Pensionen mobilisiert. In Venezuela und Kolumbien spitzen sich die Klassengegensätze momentan besonders deutlich zu. Dazu die Analyse eines deutschen Genossen (28.4.2019)

Venezuela: Die pro-imperialistische Konterrevolution mobilisiert wieder

In Caracas, der Hauptstadt Venezuelas, werden am 1. Mai zwei große Massendemonstrationen aufeinandertreffen. Der Kandidat der US-geführten imperialistischen Kräfte (USA, Canada, EU), Juan Guaidó, und die Unterstützer des bonapartistischen, vom Militär noch gestützten Maduro-Regimes (Massenaufmarsch zu Ehren von Hugo Chavez) mobilisieren in noch nicht gekanntem Ausmaß. Die Mitglieder zahlreicher Genossenschaften auf dem Lande, die Barrios aus Caracas und Organisationen in den Wohnvierteln der Städte werden sich diesmal aber zur Verteidigung der Errungenschaften des bisherigen revolutionären Prozesses, und nicht der Maduro-Regierung, versammeln:

- Bereitstellung von Millionen Wohnungen für Arme
- Niedrige Kosten für Basisdienstleistungen des Staates
- Billige Elektrizität (billigste in der Region) bei gleichzeitigem höchstem Prozentsatz der Haushaltsanbindung an die elektrische Versorgung
- Nach wie vor die Ermöglichung des höchsten Pro-Kopf-Konsums der Region, sogar höher als in Brasilien (wo viele kriminell werden, um ins Gefängnis zu kommen, da sie dort eine sichere Unterkunft und wenigstens 1 Mahlzeit pro Tag haben).

Quellen: *amerika21*, 10.04.2019 (*Fede-*

rico Fuentes: „Der Chavismus kann nicht rückgängig gemacht werden“); *brasilianische Militante* (April 2019).

Schon am Donnerstag, dem 25. April, hat in Bogotá, der Hauptstadt Kolumbiens, und landesweit etwas ganz Anderes stattgefunden als dieser Versuch des klassischen venezolanischen Kleinbürgertums, mit Hilfe imperialistischer Kräfte bis hin zur Militärintervention ein Rollback dieser Errungenschaften in Gang zu setzen.

Kolumbien: Streiktag gegen Repression und soziales Elend

Über eine Million Menschen (ZEIT-Online, 26.04.2019) befolgten den Aufruf der drei großen Gewerkschaftsorganisationen CUT, UGT und CTC zu einem eintägigen Generalstreik, verbunden mit Massendemonstrationen in den Städten (darunter Cali, Medellín und Cartagena). Schon an den achtmonatigen Vorbereitungen haben u.a. afrokolumbianische, indigene Gemeinschaften und Studenten- und Jugendorganisationen teilgenommen. Diese haben sich zur „Koordination sozialer Organisationen“ (COS) zusammengeschlossen. Dabei geht es natürlich nicht nur um die Einhaltung des Friedensabkommens mit der FARC. „Die Aktivisten fordern die Erfüllung einer langen Reihe von Abkommen, die zur Beilegung von Konflikten zwischen den Behörden und Vertretern verschiedener Bevölkerungsgruppen abgeschlossen worden waren. Indigene, Studenten, Bauern und Gewerkschaften beklagen, dass

der Staat seine Zusagen ihnen gegenüber nicht eingehalten hat.“ (junge Welt, 25. April 2019)

Hintergrund für diesen Streiktag sei die „anhaltende Welle von Verbrechen gegen Gewerkschafter, linke und ehemalige FARC-Guerilleros“. Diese habe die sozialen Bewegungen in Kolumbien in eine wirkliche Notlage gestürzt. Die gesetzliche Wehrpflicht gehöre abgeschafft, ein Gesetz zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für die jungen Menschen müsse her, und schließlich müsse die Sicherheit für Jugendliche, die sich an Politik und sozialen Aktivitäten beteiligten, gewährleistet werden. (jW, ebda.)

Ab dem 28. April 2019 wollen sich die COS-Aktivisten „vor den Botschaften verschiedener Länder in Bogotá versammeln und dort symbolisch sichtbar machen, dass sie angesichts der politischen Verfolgung und der Bedrohung durch paramilitärische Gruppen Schutz brauchen.“ (jW., ebda.)

Bei dieser Gemengelage ist in beiden Ländern scheinbar alles möglich: Stürmung der Regierungssitze, Einsatz paramilitärischer Gruppen und der Armee. Doch mit einem jeweils anderen Ziel. In Kolumbien Sturz der Duque-Diktatur, in Venezuela Zerstörung der Errungenschaften des bisherigen revolutionären Prozesses.

• Kolumbien: Nieder mit der Duque-Diktatur! Unbefristeter Generalstreik! Bildung von Organen der Selbstverteidigung (Arbeitermilizen)!

• Venezuela: Verteidigung und Vertiefung der bisherigen Revolution! Unbefristeter Generalstreik! Bildung neuer und Erweiterung bestehender echter Arbeitermilizen zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften!

• Für beide Länder: Unbefristeter Generalstreik!

• Alle Macht den arbeitenden Klassen!

Die Gruppe KLASSENKAMPF im Internet

Auf unserer Homepage findest Du laufend unsere aktuellen Analysen zu internationalen und österreichischen Themen, Veranstaltungs- und Demonstrationstermine, Texte zur marxistischen Theorie und die Erklärungen unserer internationalen Tendenz, dem Kollektiv Permanente Revolution, CoReP:

www.klassenkampf.net

Ein vollständiges Archiv unserer Zeitschrift KLASSENKAMPF, viele unserer Flugblätter und Schulungsunterlagen findest du als e-papers au:

<https://issuu.com/gruppeklassenkampf>

Das CoReP im Internet

Auf der internationalen Website des CoReP findest Du unsere wichtigsten Grundlagentexte und aktuelle Erklärungen in zahlreichen Sprachen:

www.revolucionpermanente.com



Patronsuz Dünya
(Türkiye)

in engem Kontakt:



Internaciema
Kolektivista Cirklo
(Estado español)



Groupe marxiste internationaliste
section française du Collectif révolution permanente

Komm zum ROTEN TISCH!

Jeden zweiten Dienstag im Monat organisieren wir in der Westbahnstraße 35 im 7. Wiener Gemeindebezirk im kurdischen Lokal ZYPRESSE unseren ROTEN TISCH.

Der ROTE TISCH ist ein offenes Diskussionsforum, in dem wir mit Interessierten über die aktuelle Lage, die Artikel in unserer Zeitung oder über theoretische Fragen sprechen. Die Themen findest Du auf unserer Homepage: www.klassenkampf.net

Die nächsten Treffen:

Dienstag, 14. Mai, 19.00 Uhr
Dienstag, 28. Mai, 19.00 Uhr
Dienstag, 11. Juni, 19.00 Uhr
Dienstag, 25. Juni, 19.00 Uhr

Erreichbar mit U6, Straßenbahnlinien 5 und 49

IMPRESSUM:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Gruppe Klassenkampf. Druckort: Wien. Offenlegung nach §25 Mediengesetz: 100%-Eigentümer der periodischen Druckschrift KLASSENKAMPF ist die im Parteienverzeichnis registrierte politische Partei GRUPPE KLASSENKAMPF (früher: Trotzkistische Gruppe Österreichs/TGÖ). Die Partei ist an keinen anderen Medienunternehmen finanziell beteiligt.

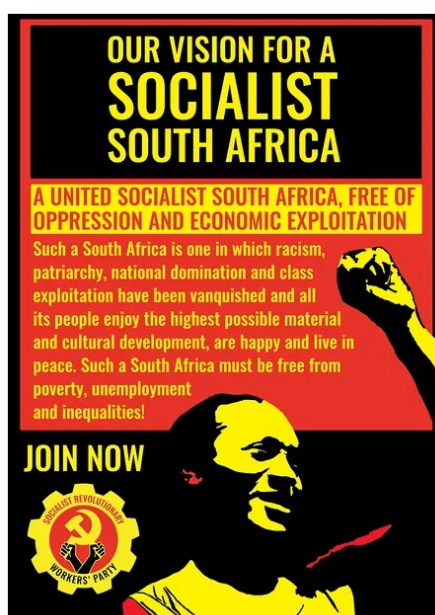
Eine neue Partei der südafrikanischen Arbeiterinnen und Arbeiter

Vom 4. bis 6. April 2019 fand in Johannesburg der Gründungskongress der Socialist Revolutionary Workers Party (SRWP) Südafrikas statt. Damit schließt sich nach sechs Jahren ein politischer Kreis, der 2013 damit begann, dass die stärkste Einzelgewerkschaft des Landes, die NUMSA (National Union of Metalworkers) mit dem ANC und deren langjährigen Allianzpartner, der Südafrikanischen KP (SACP), brach.

Der Riss zwischen NUMSA und dem von der KP dominierten Gewerkschaftsdachverband COSATU brach im August 2012 nach dem Massaker von Marikana auf, als 34 streikende Bergarbeiter von der Polizei (unter einem KP-Polizeiminister) niedergemetzelt worden waren. Der jetzige Staatspräsident und vormalige Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft NUM und Vorsitzende des ANC (Afrikanischer Nationalkongress), Cyril Ramaphosa, hatte damals als Vorstandsmitglied des Lonmin-Konzerns von der Polizei ein hartes Durchgreifen gegen die Streikenden gefordert.

Die offen arbeiterfeindliche Politik der „Dreierallianz“ aus ANC, SACP und COSATU brachte die klassenbewusste Basis der NUMSA so auf, dass die SACP schließlich die Metallergewerkschaft aus der COSATU ausschließen ließ. Schon damals kursierten Gerüchte über eine Parteigründung. Irvin Jim, der Generalsekretär der Metallarbeitergewerkschaft, definierte seinen Verband von Haus aus als „marxistisch-leninistisch“, was für eine Gewerkschaft doch eher außergewöhnlich ist. Wie viele andere Aktivisten hat Jim seine politische Erziehung in der SACP erhalten und ist daher durchaus mit Grundlagentexten der revolutionären Bewegung vertraut. Darauf gehen wir weiter unten aber noch näher ein.

Wachsende Unzufriedenheit in anderen Gewerkschaftsorganisationen brachten die NUMSA-Führung aber zunächst einmal dazu, einen eigenen Dachverband als Alternative zur COSATU zu gründen: Die South African Federation of Trade Unions (SAFTU). Deren Generalsekretär wurde Zwelinzima Vavi, der in der COSATU ebenfalls diese Funktion innehatte, aber abgesetzt wurde, nachdem er gegen



den Ausschluss von NUMSA gestimmt hatte.

Die späte Gründung der neuen Partei dürfte nicht unwesentlich auf unterschiedliche Konzeptionen von Jim und Vavi zurückzuführen gewesen sein. Während ersterer deutlich „politisch“ orientiert war, setzte Vavi auf die Gewerkschaftsarbeit. Der SAFTU unterstützt daher auch die neu gegründete SRWP nicht, weil er sich nicht an eine Partei „binden“ möchte.

Irvin Jim und die NUMSA waren ab 2013 wiederholte Zielscheibe für Angriffe seitens der KP. Der Knackpunkt der Differenzen war das Beharren der NUMSA-Führung auf der Klassenunabhängigkeit des Proletariats. Während die SACP auch bei den kommenden Wahlen am 8. Mai zur Wahl des bürgerlichen ANC aufruft und selbst Kandidat_innen am Ticket des ANC aufgestellt hat, wird die SRWP eine eigene Liste präsentieren.

Die Anpassung der SACP an den ANC ist der politische Ausdruck der stalinistischen Etappentheorie, die von der KP als Programm der „nationaldemokratischen Revolution“ verkauft wird. Das heißt: Zunächst muss ein starker Kapitalismus aufgebaut werden, bevor die Arbeiter_innen und armen Bäuer_innen, die Prekarisierten und Jugendlichen an den Sozialismus denken dürfen. Daher liegt die Führung der „nationaldemokratischen Revolution“ bei der Bourgeoisie, die „Kommunisten“ wachen lediglich darüber, ob die herrschende Klasse ihre Aufgabe gut oder schlecht erfüllt.

Die Schaffung einer Partei, die sich selbst als marxistisch-leninistisch definiert, die die Klassenzusammenarbeit (mit dem ANC) ablehnt und ein Programm für ein sozialistisches Südafrika vertritt, ist von allen Arbeiter_innen der Welt zu begrüßen und zu unterstützen. Gleichzeitig ist aber auch Vorsicht geboten. Wie oben erwähnt haben die meisten Führer_innen der jungen Partei den Marxismus innerhalb der SACP kennengelernt, also durchaus verzerrt durch das Prisma der stalinistischen Volksfrontpolitik. Schwankungen nach rechts sind daher nicht ausgeschlossen. So gibt es offenbar große Illusionen in die kubanische Führung und in den venezolanischen „Bolivarismus“. Gerade letzterer ist ein Beispiel für das Scheitern einer Massenbewegung, deren Führer nicht bereit sind, mit dem Kapitalismus zu brechen.

Durch Solidarität und politische Diskussionen mit den Genoss_innen der SWRP müssen wir versuchen, die neue Partei der südafrikanischen Arbeiter_innen für das Programm der permanenten Revolution zu gewinnen.